



VERSÖHNUNG UND ZUSAMMENARBEIT IN KONFLIKTEN

TROTZ ALLEM

ÄTHIOPIEN

Gewalt, Vertreibung und Hunger

RUSSLAND

Interview mit Aleksandra Skochilenko

IN ACTION

Auf zum Briefmarathon 2024

GENERALVERSAMMLUNG 2025

HERZLICH LADEN WIR SIE ZUR NÄCHSTEN GENERALVERSAMMLUNG (GV)
DER SCHWEIZER SEKTION VON AMNESTY INTERNATIONAL EIN.
RESERVIEREN SIE SICH SCHON JETZT DEN TERMIN!

**SAMSTAG, DEN 17. MAI 2025,
IN DER TRAF0-HALLE IN BADEN**

Vormittags findet der statutarische Teil statt (Wahlen und Abstimmungen), nachmittags der inhaltliche Teil zu den aktuellen Menschenrechtsthemen. Es wird Inputs von Menschenrechtsverteidiger*innen, Ateliers und Workshops geben sowie ausreichend Gelegenheit für das gegenseitige Kennenlernen und den Austausch.

Wir freuen uns sehr darauf, den Tag mit Ihnen zu verbringen! Die Anmeldung ist ab Anfang März 2025 möglich. **Motionen und Postulate können bis zum 22. März 2025** eingereicht werden.

Um bei den Wahlen und Abstimmungen stimmberechtigt zu sein, müssen Sie mindestens vier Monate vor der GV Amnesty-Mitglied sein (Beitritt bis spätestens 17. Januar 2025) und Ihren Jahresbeitrag bezahlt haben. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.amnesty.ch/gv

Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 120, Dezember 2024. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Nina Apin, Jean-Marie Banderet, Baptiste Fellay, Danièle Gasteli Hauser, Erich Gysling, Sead Husic, Tigran Petrosyan, Antonio Prokscha, Andrzej Rybak, Till Schmidt, Maik Söhler, Heiko von Schrenk, Uta von Schrenk, Julia Trampitsch, Veronika Velch. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch.
Druck: Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle zu 50% aus wiederverwerteten Altfolien, 100% rezyklierbar. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 17. Januar 2025. Distribution: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion.
Spendenkonto: Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch. **Auflage:** 68000 (dt.).

EDITORIAL



Vor einem Jahr schrieb ich an dieser Stelle, dass 2023 aus menschenrechtlicher Perspektive ein schlimmes Jahr war. Nun, 2024 wurde nicht besser, im Gegenteil. Der Konflikt im Nahen Osten ist eskaliert. Die Ukraine gerät immer stärker unter Druck, mit weiterhin hohen Zahlen an zivilen Opfern. Der Krieg im Sudan führt zu einer mensch-

lichen Katastrophe, und dabei ist er nur einer von mehreren Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent. So nehmen auch in Äthiopien Gewalt und Hunger zu. Und jetzt wurde in den USA auch noch ein Präsident wiedergewählt, der die Welt eher spalten wird, als Frieden und globale Zusammenarbeit zu fördern. Es wäre zum Verzweifeln, wären da nicht die vielen mutigen Aktivist*innen weltweit, die nicht verzagen. Die die Ärmel hoch-

krepeln und gemeinsam für mehr Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft arbeiten. Menschen, die sich von Propaganda und Populismus nicht gegeneinander aufhetzen lassen und stattdessen zusammenarbeiten. Trotz allem.

Eine Zusammenarbeit – man verzeihe diesen konstruierten Übergang – gab es übrigens auch für dieses Dezember-Magazin. Wie schon seit einigen Jahren arbeiten die Redaktionen der deutschen, österreichischen und Schweizer Amnesty Sektionen gemeinsam am Dossier ihrer Dezember-Ausgaben. Eine Zusammenarbeit, bei welcher wir uns besser kennenlernen und die viel Freude macht. Ich hoffe, auch Sie haben Freude am Ergebnis.

Die Redaktionen der drei «DACH»-Länder wünschen Ihnen einen gesunden und friedlichen Jahresübergang.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Dem Schweigen entgegenstehen	

DOSSIER

Versöhnung	
Von der Überwindung der Feindschaft	10
Den Hass hinter sich lassen	12
Joe Berry setzt sich mit dem Mörder ihres Vaters für Frieden ein.	
Gemeinsam für Majejica	14
Widerstand gegen ein Lithium-Abbauprojekt in Bosnien-Herzegowina – über Grenzen hinweg.	
Paradoxes Erbe	16
Die Ukraine entfernt die Spuren der Sowjetunion – doch damit verschwindet auch Geschichte.	
Einig, nicht einig zu sein	18
Ein Film zeigt, wie herausfordernd das Zusammenleben im Friedensdorf Neve Shalom / Wahat al-Salam ist.	
«Für Versöhnung gibt es kein Patentrezept»	20
Gespräch mit der Friedens- und Konfliktforscherin Rina Alluri.	
Eine unmögliche Aufgabe?	22
Was die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Kanada erreicht hat – und was nicht.	
Auch hier gibts noch viel zu tun	24
Historische Altlasten wirken auch bei uns nach.	

THEMA

Äthiopien	26
Frieden ist anderswo	
Russland	30
«Mein Plan war, Aufmerksamkeit zu erzeugen»	
Schweiz	32
Gleiche Spielregeln für alle	

KULTUR

Buch	33
Diagnose: Unsichtbar	

CARTE BLANCHE

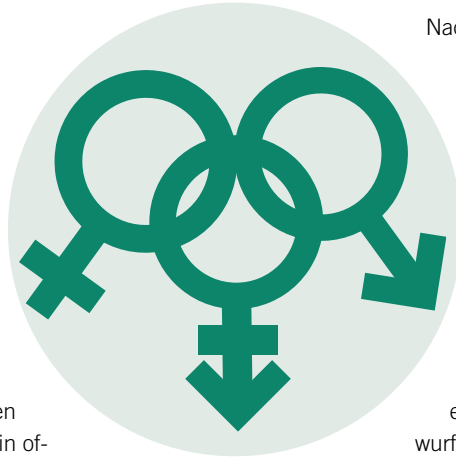
Erich Gysling	36
---------------	----

IN ACTION

Briefmarathon 2024	37
Sie können Leben verändern	
Konzernverantwortung	39
Jetzt in die Startlöcher!	

GESCHLECHTSIDENTITÄT GILT IN GESAMTER EU

Das oberste Gericht der **EU** hat im Oktober bekräftigt, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten die in anderen EU-Ländern vorgenommenen Änderungen der Geschlechtsidentität und des Namens einer Person anerkennen müssen. Die Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union erging, nachdem ein britisch-rumänischer trans Mann vor einem Bukarester Gericht gegen die Entscheidung einer örtlichen Meldebehörde geklagt hatte. Die Behörde hatte den Antrag auf Änderung des Geschlechtseintrags in offiziellen Dokumenten im Jahr 2021 abgelehnt. Wenn jemand in einem der 27 Staaten der Europäischen Union seinen Geschlechtseintrag rechtmässig ändern lässt, muss dieser künftig also auch in allen anderen Mitgliedsstaaten anerkannt werden.



GENITALVERSTÜMMELUNG BLEIBT VERBOTEN

Nach monatelangen hitzigen Debatten und auf internationalen Druck hat das Parlament **Gambias** im Juli für die Aufrechterhaltung des 2015 erlassenen Verbots der weiblichen Genitalverstümmelung gestimmt. Damit wurde ein umstrittener Gesetzesentwurf abgelehnt, der das Gesetz aufheben wollte. Initiator war ein Imam, der sich gegen Bussen, die Beschneiderinnen erhalten hatten, auflehnte. Weitere religiöse Führer*innen und Abgeordnete argumentierten, die Beschneidung von Mädchen sei religiöse Tradition. Bei einer ersten Abstimmung im März kam der Gesetzesentwurf, der die Praxis der Beschneidung von Frauen und Mädchen entkriminalisieren sollte, denn auch tatsächlich durch – was bei Menschenrechtsgruppen und Frauenrechtsaktivist*innen die Sorge auslöste, dass Gambia das erste Land werden könnte, das ein Verbot dieser Praxis rückgängig macht. Das Vorhaben konnte dank intensiver Advocacy-Arbeit von Aktivist*innen, Betroffenen und Ärzt*innen nun aber verhindert werden.

PALÄSTINENSISCHER ARZT WIEDER FREI

Am 30. September 2024 wurde der palästinensische Chirurg Khaled Al Serr aus israelischer Haft entlassen, nachdem er mehr als sechs Monate ohne Anklage im Gefängnis verbracht hatte, davon die Hälfte ohne Kontakt zur Aussenwelt. Khaled Al Serr gehörte zu den Ärzt*innen, die bis zuletzt im Nasser-Krankenhaus in **Gaza** ausharrten und sich um die Patient*innen kümmerten, als das Spital von der israelischen Armee umstellt war. Der Weltgesundheitsorganisation zufolge wurden seit November 2023 Hunderte im Gesundheitswesen Beschäftigte von der israelischen Armee festgenommen. Grundlage der Inhaftierung von Al Serr war das umstrittene Gesetz über «ungesetzliche Kombattanten». «Während meines Verhörs erfuhr ich, dass es eine Kampagne gibt, die meine Freilassung fordert. Das gab mir Trost und Kraft», sagte Khaled Al Serr, der nach seiner Freilassung in den Gazastreifen zurückgebracht wurde.



MIT 88 JAHREN FREIGESPROCHEN

Iwao Hakamada sass 45 Jahre wegen Mordes an seinem Arbeitgeber und dessen Familie in der Todeszelle. Jeden Tag musste er mit seiner Hinrichtung rechnen. Am 26. September 2024 fällte das Bezirksgericht Shizuoka in **Japan** ein lang erwartetes Urteil und sprach den inzwischen 88-Jährigen endlich frei.

1966 hatte er als junger Mann das Verbrechen nach 20 Tagen Verhör «gestanden». Während des Prozesses widerrief Hakamada und sagte, dass die Polizei ihn bedroht und geschlagen habe. Erst 2014 gewährte das Bezirksgericht ein Wiederaufnahmeverfahren und entliess den inzwischen alten Mann aus der Haft, nachdem DNA-Beweise aufgetaucht waren, die seine Verurteilung infrage stellten. Die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde aber abgelehnt. 2023 entschied das Gericht dann endlich zu seinen Gunsten und ebnete damit den Weg für das Verfahren, das zum Freispruch führte.



NEPAL STÄRKT DIE RECHTE VON TRANS MENSCHEN

Mehr als fünfzig Mal verklagte die 27-jährige Rukshana Kapali die **nepalesische Regierung**, bis das wichtigste Gericht des Landes urteilte, dass die trans Frau sich keiner medizinischen Überprüfung unterziehen muss, um ihren offiziellen Geschlechtseintrag zu ändern. Es sei nicht mit der Verfassung vereinbar, wenn Menschen nicht frei darüber entscheiden dürften. Nach einem Beschluss des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2007 stellen die Behörden zwar seit mehr als einem Jahrzehnt einige Dokumente aus, in denen das Geschlecht als «anderes» oder «drittes Geschlecht» angegeben ist. Trans Personen, die ihr Geschlecht in «weiblich» oder «männlich» ändern wollten, waren in der Regel aber weiterhin gezwungen, sich einer Operation zu unterziehen.

Immer häufiger setzen intensive tropische Wirbelstürme Tuvalu unter Wasser.

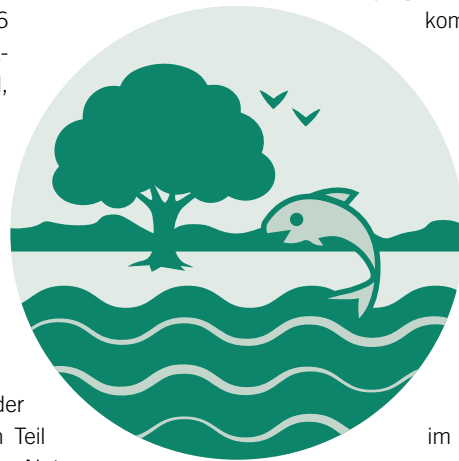


© Sike von Brockhausen / UNDP

AUSTRALIEN SOLIDARISIERT SICH MIT TUVALU

ERFOLGE FÜR INDIGENE AN DER BIODIVERSITÄTSKONFERENZ

Die Uno-Artenschutzkonferenz COP16 in Cali, **Kolumbien**, die vom 21. Oktober bis zum 1. November stattfand, ist zwar ohne Einigung darüber zu Ende gegangen, wie der Schutz der Natur finanziert werden soll. Doch es gab auch wichtige Fortschritte: So wurden die Rechte der indigenen Völker gestärkt, indem diese künftig als offizielles Organ an Entscheidungen der Vereinten Nationen zum Artenschutz beteiligt werden. Die Delegierten stimmten ausserdem der Schaffung eines Fonds zu, der einen Teil der kommerziellen Einnahmen aus der Nutzung von Gendaten von Pflanzen und Tieren aufteilen soll. Die Mittel des Fonds sollen unter Aufsicht der Vereinten Nationen zur einen Hälfte an die Staaten gehen, in denen die Arten vorkommen, und zur anderen Hälfte an die dort lebenden indigenen Völker.



Tuvalu, ein Inselstaat im Pazifischen Ozean mit rund 11000 Einwohner*innen, könnte in einigen Jahrzehnten im Meer versunken sein. Aufgrund des Klimawandels steigt der Meeresspiegel rasant. Der Inselstaat dürfte deshalb schon in 100 Jahren komplett überschwemmt sein. Im vergangenen Jahr hat Australien ein Abkommen mit dem Südseearchipel unterzeichnet, das nun in Kraft tritt: Ab sofort können jährlich 280 Menschen aus Tuvalu nach Australien auswandern und dort mit einem Sondervisum dauerhaft leben, arbeiten oder studieren. Australien verpflichtete sich zudem, Unterstützung zu leisten, wenn der Archipel angesichts einer Naturkatastrophe, einer Pandemie oder einer militärischen Aggression um Hilfe bitten sollte. Nicht ganz uneigennützig: Das Abkommen mit Tuvalu ist Teil der koordinierten Bemühungen der Vereinten Staaten und ihrer Verbündeten, den wachsenden Einfluss Chinas im Südpazifik, insbesondere im Bereich der Sicherheit, einzudämmen.

VOM FLÜCHTLINGSLAGER AN DIE AMERIKANISCHE UNI

Maung Sawyeddollah und seine Familie waren 2017 gezwungen, aus **Myanmar** zu fliehen. Der junge Mann hatte davon geträumt, Arzt zu werden. Doch die Gewalt gegen die Rohingya zwang diese dazu, massenhaft nach Bangladesch zu flüchten. Sawyeddollahs Zukunftspläne platzten. Er und seine Gemeinschaft forderten das Unternehmen Meta, zu welchem Facebook gehört, auf,



Wiedergutmachung zu leisten und Bildungsprogramme im Flüchtlingslager in Bangladesch zu finanzieren. Denn die Aufrufe zu Hass und Gewalt gegen die Rohingya waren von den Facebook-Algorithmen befördert worden. Im Jahr 2023 war Sawyeddollah ernsthaften Sicherheitsrisiken ausgesetzt. Gemeinsam mit anderen NGOs engagierte sich Amnesty International für seinen Schutz. Im Briefmarathon 2023 unterstützten Tausende Sawyeddollahs Anliegen. Dieser gab seine Träume zu studieren nicht auf und bewarb sich an mehreren amerikanischen Universitäten. Im August 2024 erhielt Sawyeddollah ein Studentenvisum und konnte in die USA ausreisen. Seither studiert er an der New York University.

Porträts © André Gottschalk



Staatsangestellte, Gewerkschafter*innen und weitere Demonstrant*innen protestieren in Buenos Aires am 7. November gegen die Sparmassnahmen von Präsident Javier Milei.

© JUAN IGNACIO RONCORONI/Keystone

MOBILISIERUNG GEGEN ARMUT UND FÜR BILDUNG

ARGENTINIEN Die drastische Sparpolitik, die Präsident Javier Milei in den letzten zehn Monaten verfolgt hat, senkte zwar die Inflation, führte aber zu einer starken Rezession. Die Armut betraf in der ersten Jahreshälfte mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Seit Wochen gehen Rentner*innen, Gewerkschafter*innen und weitere Menschen gegen die Sparpolitik auf die Strasse. Student*innen besetzten Anfang Oktober die Universitäten des Landes als Reaktion auf Mileis Veto gegen ein Gesetz zur Erhöhung der Mittel für öffentliche Universitäten. Viele Professor*innen traten am 10. Oktober in einen 48-stündigen Streik, da die Löhne der Universitätsangestellten unter der Armutsgrenze lägen. Die von der ultraliberalen Regierung auferlegten Haushaltskürzungen würden langfristig das Recht auf Bildung einschränken, da nicht mehr genügend Mittel für Forschung und Lehre vorhanden seien.

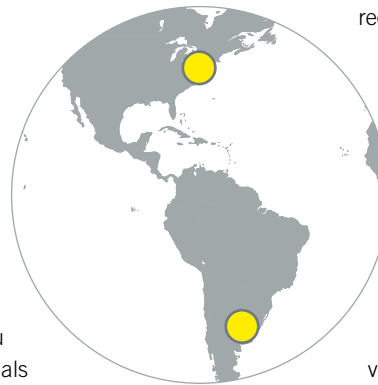
INFLUENCER*INNEN VERHAFTET

TUNESIEN Anfang November wurden fünf Social-Media-Influencer*innen zu Haftstrafen zwischen eineinhalb und viereinhalb Jahren verurteilt, weil sie «unmoralische Inhalte» gepostet haben sollen. Die tunesische Justiz warf den Influencer*innen vor, gegen die guten Sitten zu verstossen, Obszönitäten zu verbreiten und einen schlechten Einfluss auf die Jugend auszuüben. Hunderttausende Menschen folgten den Inhalten der Influencer*innen, die von ihrem Privatleben oder gesellschaftlichen Themen handelten.



DONALD TRUMP ERNEUT IM WEISSEN HAUS

USA Am 5. November blickte die ganze Welt in die USA: Die erneute Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten hat bei Menschenrechtsaktivist*innen grosse Sorge ausgelöst. Denn die erste Amtszeit von Donald Trump war von Rassismus, Doppelmoral und Menschenrechtsverletzungen geprägt. Die USA haben sich in verschiedenen internationalen Abkommen verbindlich zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Die neue Trump-Regierung müsse diese respektieren und schützen, so Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation wird den designierten 47. Präsidenten und die US-Regierung an ihre Verpflichtungen erinnern, sie daran messen und zur Verantwortung ziehen.



BREITE ANWENDUNG VON FOLTER

KAMERUN Die Weltorganisation gegen Folter (OMCT) hat dem Anti-Folter-Ausschuss der Vereinten Nationen einen Bericht über die Lage in Kamerun in Bezug auf Folter und Misshandlung vorgelegt. Seit der Erstarkung von Boko Haram im Jahr 2014 ist Kamerun mit einer Sicherheitskrise konfrontiert, in deren Verlauf es zu Gewalt und zu massiven Menschenrechtsverletzungen sowohl durch staatliche Sicherheitskräfte als auch durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen gekommen ist. Der Bericht kommt zum Schluss, dass Foltermethoden insbesondere im Kampf gegen den Terrorismus breit angewendet werden. Diese systematische Gewaltanwendung, auch gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, die die vom Staat begangenen Übergriffe anprangern, gibt Anlass zur Sorge – besonders auch im Hinblick darauf, dass im nächsten Jahr Wahlen in Kamerun stattfinden werden und die Repression deswegen noch zunehmen könnte.

KEINE AUSSCHAFFUNG VON LGBTI* IN DEN IRAN

SCHWEIZ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Schweiz zum wiederholten Mal für ihre Asylpraxis gegenüber LGBTI*-Personen verurteilt. Am 12. November kam das Gericht zum Schluss, dass die geplante Ausschaffung eines homosexuellen Asylsuchenden in den Iran das Non-Refoulement-Gebot verletzen würde. Die Schweiz habe nicht ausreichend abgeklärt, welche Risiken für den Betroffenen bei einer Rückkehr in den Iran bestünden. Laut dem Urteil dürfen LGBTI*-Flüchtlinge nicht in ein Land zurückgeschickt werden, in dem sie in ständiger Angst leben müssen.

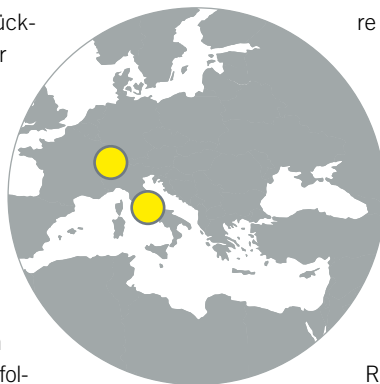
VÖLKERRECHTSVERBRECHEN DAUERN AN

ITALIEN Zwei Mal in weniger als einem Monat durchkreuzte die italienische Justiz die Pläne von Premierministerin Giorgia Meloni, im Schnellverfahren über Asylverfahren in einem Lager in Albanien entscheiden zu lassen. Mitte Oktober hatte ein römisches Gericht geurteilt, dass insgesamt 16 Männer aus Ägypten und Bangladesch wieder aus dem Lager in Albanien nach Italien gebracht werden müssen, da die Herkunftsländer der Asylsuchenden nicht als sichere Staaten gelten würden. Die Richter verwiesen auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 4. Oktober 2024, wonach ein EU-Mitglied das Herkunftsland nur dann als sicher einstufen dürfe, wenn die Bedingungen dafür im ganzen Land und für alle Bevölkerungsgruppen erfüllt seien. Die Regierung Meloni legte daraufhin per Dekret in einer neuen Liste 19 vermeintlich sichere Herkunftsländer fest, darunter wieder Ägypten und Bangladesch. Ein Gericht in Rom weigerte sich am 11. November, dem Festhalten von sieben Männern in den von Italien betriebenen Zentren in Albanien zuzustimmen, und verwies den Fall an den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

SCHUTZ FÜR AFGHANINEN IN EUROPA

EUROPA/SCHWEIZ Am 4. Oktober 2024 fiel am Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein bedeutendes Urteil für geflüchtete Afghaninnen: Die diskriminierenden Massnahmen des Taliban-Regimes gegen Frauen und Mädchen in Afghanistan werden als Verfolgung anerkannt, denn Afghaninnen werde «das Recht auf ein menschenwürdiges Alltagsleben in ihrem Herkunftsland verwehrt», indem ihnen «in flagranter Weise hartnäckig aufgrund ihres Geschlechts die mit der Menschenwürde verbundenen Grundrechte vorenthalten werden». Künftig reicht für die Zuerkennung des Asylstatus, dass eine Frau von diesen Massnahmen in ihrem Herkunftsstaat allein aufgrund ihres Geschlechts betroffen ist, ohne dass zusätzliche individuelle Umstände vorliegen müssen. Dieses Urteil ist auch für die Schweizer Asylpolitik richtungweisend. Im Juli 2023 hatte das Staatssekretariat für Migration (SEM) entschieden, afghanischen Frauen und Mädchen nach einer Einzelfallprüfung Asyl zu gewähren, doch gibt es Parlamentarier*innen, die diese Praxis ändern wollen, weil sie «eine Sogwirkung haben werde».

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wird Mädchen der Besuch weiterführender Schulen verwehrt.





© Leung Man Hei/epa/Keystone

AKTUELL _ IM BILD

Sie hatten sich für ein demokratischeres **Hongkong** eingesetzt, nun wurden sie hart dafür bestraft: Am 19. November verhängte das Gericht in West Kowloon Haftstrafen von bis zu zehn Jahren gegen 45 ehemalige Parlamentarier*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen. Ihnen wurde «Verschwörung mit dem Ziel des Umsturzes» vorgeworfen, weil sie im Jahr 2020 illegale Vorwahlen für den Legislativrat, Hongkongs Parlament, organisiert hätten. Das Gericht benötigte gerade mal sechs Minuten, um die Urteile zu verhängen – ohne auch nur die Namen der Angeklagten zu nennen. Vor dem Gerichtsgebäude versammelten sich trotz massivem Sicherheitsangebot zahlreiche vom Urteil schockierte Unterstützer*innen.

DEM SCHWEIGEN ENTGEGENSTEHEN



© André Gottschalk

Veronika Velch ist Kommunikations-
expertin und leitet seit April 2024
die Amnesty-Sektion in der Ukraine.

Dass ich im April dieses Jahres die Leitung der ukrainischen Sektion von Amnesty International übernommen habe, war nicht bloss ein Berufsentscheid in meiner Karriere. Dass ich diese Stelle antrat, sehe ich vielmehr als Ausdruck meines tiefen Engagements für die Menschenrechte – und das in einer der kritischsten Zeiten in der Geschichte meines Landes. Die Aufgabe der ukrainischen Sektion sehe ich gegenwärtig vor allem darin, der Stimme der Ukraine im globalen Diskurs Gehör zu verschaffen. Nachdem wir wegen des Krieges jahrelang aus der Ferne arbeiten mussten, sind wir nun wieder vor Ort tätig. In diesem Land, das jeden Tag unter Beschuss steht, lernen die Kinder in Kellern, und unsere Männer (und viele ukrainische Frauen) kämpfen derzeit an der Front. Mein Mann ist oft mehrere Tage lang nicht zu erreichen, wenn er im Einsatz ist. Für meinen kleinen Sohn existiert er hauptsächlich auf dem Bildschirm des Telefons.

Jeden Tag verlieren wir Freund*innen und Bekannte. Auch Menschen, die wir nicht kennen, die uns aber wichtig sind – Kamerad*innen unserer Lieben, die zu den Waffen griffen, oder einfach Mitmenschen in unseren vormals friedlichen Städten. Das ist schrecklich.

Doch unser Schicksal ist bei weitem nicht das Schlimmste. Wir wissen, was in den von Russland besetzten Gebieten geschieht: Entführung von Kindern, Folter, Hinrichtungen. Wir sind wenigstens frei. Wir werden nicht geschlagen, vergewaltigt oder erschossen. Wir verhungern nicht. Anders als Hunderttausende Menschen, die unter der Besatzung leben. Anders als die Zehntausenden von zivilen Gefangenen und Kriegsgefangenen in russischen Gefängnissen. Deshalb liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit heute auf den Rechten der ukrainischen Kriegsgefangenen – Menschen, die uns selbstlos verteidigt haben. Jetzt brauchen sie im Gegenzug dringend unsere Verteidigung.

Wir sprechen mit den Familien von Kriegsgefangenen und mit ehemaligen Kriegsgefangenen.

Ihre Berichte sind entsetzlich – von Hinrichtungen, die mit der Kamera gefilmt wurden, bis hin zur Vergewaltigung von Soldaten vor den Augen ihrer Kameradinnen. Wir haben mit einer Frau gesprochen, die gegen Krebs kämpft, während ihr Mann in Gefangenschaft ist. Wir haben mit einer Mutter gesprochen, die die Kinder ihrer Tochter allein aufzieht, während ihre Tochter in Einzelhaft sitzt. Wir haben mit den Eltern zweier Soldaten gesprochen, von denen einer tot sein soll und der andere in Gefangenschaft ist. Die Eltern hoffen, dass beide heimkehren.

Noch immer gibt es eine grosse Zahl von unbestätigten Kriegsgefangenen. Laut Aussagen der ausgetauschten Personen und Propagandavideos befinden sie sich in Russland, aber offiziell ist es nicht. Werden sie jemals nach Hause kommen? So viele Fragen ohne Antworten. Viele werden nicht mehr gestellt, weil unser Krieg in Vergessenheit gerät. Unsere Kinder, die im Schlaf von Raketen getötet werden, und unsere Städte ohne Licht und Wärme schaffen es nicht mehr auf die Titelseiten der Zeitungen.

In einer Situation, in der unser Nachbarstaat alles missachtet – jegliche Regeln der Kriegsführung, jegliche Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und jegliche Genfer Konventionen – ist Sichtbarkeit vielleicht das Einzige, was wir verlangen können. Wir müssen verhindern, dass dies alles in Dunkelheit und Schweigen geschieht. Wie der Autor und Aktivist Elie Wiesel sagte: «Schweigen ermutigt den Peiniger, niemals den Gepeinigten.» Lassen Sie uns gemeinsam unsere Stimme erheben und dafür sorgen, dass die Wahrheit gehört und nicht vergessen wird.

Helfen Sie uns, laut über unsere Situation zu sprechen, auch wenn Sie es leid sind. Wir sind auch müde, nach einer weiteren Nacht unter Beschuss. Aber wir können nicht aufhören zu reden. Denn für uns sind die Menschenrechte nicht mehr nur eine Berufswahl, sondern eine Entscheidung zwischen Überleben und Tod. |

Von der Überwindung der Feindschaft



Im Nahostkonflikt scheinen die Gräben zwischen Palästinenser*innen und Israelis tiefer denn je zu sein. Doch es gab dort schon immer Menschen, die diese Spaltung und den Hass überwinden wollten, gar zusammenleben, wie die Bewohner*innen des Dorfs Neve Shalom / Wahat al-Salam in Israel. Auch in anderen Konflikten gibt es Mutige, die – noch während der Krieg tobt – die Menschen auf der gegnerischen Seite nicht als Feind sehen und nach Wegen zur Versöhnung suchen. Dies erfordert viel Offenheit und gegenseitige Akzeptanz. Und vor allem Zeit.

So ist die Spaltung zwischen Serb*innen und Bosnier*innen längst nicht überwunden. Doch auch hier arbeiten Engagierte trotz Widerstand zusammen. Und trotz der noch nicht verheilten Wunden des Nordirlandkonflikts finden sich Menschen, um gemeinsam für den Frieden zu arbeiten.

Die Überwindung der Feindschaft gelingt nicht immer und erlebt immer wieder Rückschläge. Aber nur wenn an einer Versöhnung gearbeitet wird, kann echter Frieden entstehen.



Den Hass hinter sich lassen

Die Britin Jo Berry verlor ihren Vater durch ein IRA-Attentat. Heute ist sie mit dem Mörder ihres Vaters befreundet. Gemeinsam setzen sie sich für Frieden und Versöhnung ein. Von Nina Apin

Als Jo Berry dem Mörder ihres Vaters gegenüber sass, A stand zwischen ihnen ein Teller mit Biskuits – und ein blutiger Konflikt. Im Jahr 2000 war das Karfreitagsabkommen, mit dem das Vereinigte Königreich, Irland und verschiedene nordirische Parteien den Bürgerkrieg in Nordirland beendeten, gerade mal zwei Jahre alt. «Ich sass in der einen Ecke des Sofas, er in der anderen, wir waren beide furchtbar nervös und versteckten uns hinter Höflichkeitsfloskeln», erinnert sie sich. Eine Freundin von Jo Berry hatte die Wohnung für das ungewöhnliche Treffen in Dublin zur Verfügung gestellt.

Es sollte eine private Aussprache werden zwischen der Tochter des britischen Tory-Abgeordneten Sir Anthony Berry, der am 12. Oktober 1984 während einer Parteikonferenz im südenenglischen Brighton von einer Bombe der Irish Republican Army (IRA) getötet worden war, und dem IRA-Kader Patrick Magee, der die Bombe im Grand Hotel platziert hatte. Diese hatte nicht, wie beabsichtigt, die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher getötet, dafür aber Anthony Berry und vier weitere Politiker*innen und deren Angehörige. 16 Jahre nach dem «Brighton Bombing» und ein Jahr nach der vorzeitigen Haftentlassung von Patrick Magee im Zuge des Friedensabkommens sass Jo Berry also dem graubärtigen Brillenträger gegenüber, den sie bis dahin nur aus den Nachrichten kannte.

Dem Feind ein Gesicht geben | «Ich hatte Angst vor dieser Begegnung, aber ich brauchte sie», sagt Jo Berry heute. Sie ist per Video aus ihrer Wohnung in England zugeschaltet. Ein kantig geschnittener Stirnpony rahmt ihr Gesicht, ihre Stimme klingt sanft und britisch-nasal. «Ich wollte dem Feind ein Gesicht geben können und zumindest versuchen, ihn als Menschen zu sehen und seine Beweggründe zu

verstehen. Meiner Familie habe ich nichts davon erzählt, es war mein persönlicher Umgang mit dem Trauma, das ich erlebt hatte.»

Das Attentat hatte Jo Berry mit 28 Jahren zur Halbwaise gemacht, doch beschloss sie, an diesem schmerzhaften Erlebnis zu wachsen. Sie fühlte sich der Friedensbewegung zugehörig, identifizierte sich mit Mahatma Gandhis Idee der Gewaltfreiheit und wollte sich den Krieg der anderen nicht aufzwingen lassen. In den Folgejahren reiste Berry immer wieder nach Belfast und sprach mit Menschen auf beiden Seiten: protestantischen Unionist*innen und katholischen Republikaner*innen. Sie traf Überlebende und IRA-Unterstützer*innen. Die denkwürdigste Begegnung war die mit Patrick Magee. Jo Berrys Offenheit und Empathie machten auf ihn einen derart starken Eindruck, dass er irgendwann seine Ausführungen über den bewaffneten Kampf der unterdrückten Nordir*innen unterbrach, sich die Augen wischte und sagte: «Ich weiss nicht mehr, wer ich bin. Ich möchte deinen Schmerz hören, deinen Zorn. Ich möchte helfen.»

Die Macht der Empathie | Drei Stunden dauerte das Gespräch. Seither haben sich Jo Berry und Patrick Magee mehr als 300 Mal getroffen, inzwischen sind sie sogar befreundet. «Ich mag und schätze sie sehr», sagt Patrick Magee über die Britin. «Er ist mir wichtig», sagt sie über ihn. Die Geschichte ihrer Versöhnung und des Wegs dorthin haben die beiden in den vergangenen Jahren bei vielen Gelegenheiten erzählt – in Stadthallen, Vortragssälen und Schulen. Von Belfast bis Tel Aviv, von London bis Kigali treten sie als Botschafter*innen für Frieden und Versöhnung auf. Als Jo Berry 2009 mit Building Bridges for Peace ihre eigene Friedensinitiative gründete, war Patrick Magee ihr erster Gast.

«Jo hat mir geholfen, meine Menschlichkeit wiederzufinden», sagt Patrick Magee in einem Videomitschnitt. Zwar könne er seine Taten nicht rückgängig machen, doch habe er es mit ihrer Hilfe geschafft, «den politischen Hut abzunehmen» und zu verstehen, dass Anthony Berry möglicherweise ein Mann gewesen war, mit dem er unter anderen Umständen eine Tasse Tee getrunken hätte. «Meine Arbeit mit Pat hat mir gezeigt, welche Macht Empathie hat», sagt Jo Berry. «Wir können die Versuchung, Gewalt anzuwenden, besiegen, indem wir beginnen, die andere Seite als Menschen anzusehen.»

Diesen Perspektivenwechsel zu ermöglichen, ist Grundlage ihrer gemeinsamen Friedensarbeit. Berry und Magee vermitteln Gespräche zwischen Mordopfern und Täter*innen. Des-

Nina Apin ist freie Redaktorin beim «amnesty journal» der deutschen Sektion.



© Laurens Segaler/Polaris/laif

Jo Berry und Patrick Magee, der Jo Berrys Vater tötete, arbeiten heute zusammen in Friedensprojekten.

halb reisen sie auch in den Libanon, nach Ruanda oder in das besetzte palästinensische Gebiet, in denen Gewalt den Alltag prägt, erzählen dort ihre Geschichte und versuchen, einen respektvollen Gesprächsrahmen zu schaffen, in dem alle ihre Perspektive zu Gehör bringen können. Ihr Credo: Es gibt keine Parteien, keine Gegner*innen oder Feind*innen, sondern «nur Menschen, deren Geschichten wir noch nicht gehört haben».

Brücken bauen | Eine Diskussionsrunde im Nahen Osten – ist das angesichts der aktuellen Gewalteskalation nicht naiv? Jo Berry runzelt die Stirn. Natürlich seien solche Gesprächsformate kein Ersatz für staatliche Diplomatie oder eine an humanitären Grundsätzen orientierte Politik. Aber, so betont sie: «Auch im Nahen Osten und selbst jetzt gibt es Menschen, die sich über politische, ideologische und religiöse Grenzen hinweg für Frieden und Verständigung einsetzen.» Sie berichtet von ihrer Begegnung mit Aktivist*innen des Parents Circle – Families Forum, einer Organisation israelischer und palästinensischer Familien, die Angehörige im Nahostkonflikt verloren haben und gemeinsam zur Versöhnung aufrufen.

Bei den Friedensgesprächen von Building Bridges for Peace steht die persönliche Sicherheit der Teilnehmer*innen an erster Stelle. In manchen Fällen dauert die Vorbereitung des ersten Treffens bis zu einem Jahr. Denn zunächst werden die Ziele und Erwartungen der Teilnehmer*innen in Vorgesprächen eruiert. Erst wenn sicher ist, dass alle an einem echten Austausch interessiert und in der Lage sind, Rachegefühle und Hass zu überwinden, wird ein Treffen arrangiert. Das Ziel formuliert Jo Berry so: «Als Menschen haben wir die

«Wir können die Versuchung, Gewalt anzuwenden, besiegen, indem wir beginnen, die andere Seite als Menschen anzusehen.»

Jo Berry

Fähigkeit, wenn schon nicht mit dem Kopf, dann zumindest mit dem Herzen den Schmerz des anderen zu hören und ihm Raum zu geben. Das geschieht viel zu selten auf der Welt.»

Den 40. Jahrestag des Brighton-Attentats verbrachte die Friedensaktivistin mit ihrer Familie. Vorher trat sie mit Patrick Magee bei einer Veranstaltung des Forgiveness Projects auf, einer gemeinnützigen Initiative, die sich dem Gedanken der Vergebung widmet. Für sie selbst sei Vergebung kein ausreichendes Konzept, da es keine Abkehr vom Freund-Feind-Schema garantiere, sagt Jo Berry. Doch leiste das Forgiveness Project viel für den friedlichen Dialog, der im Post-Brexit-Großbritannien mit den potenziell erneut auflodernden Nordirland-Grenzkonflikten wieder nötig sei. Ausserdem sei sie bei dieser Veranstaltung wieder an den Ort zurückgekehrt, an dem ihre private Friedensreise begann: Am 14. Oktober 1984, zwei Tage nach dem Tod ihres Vaters, setzte sich Jo Berry auf die Steinstufen der St. James's Church in London und gab sich selbst das Versprechen, den Hass hinter sich zu lassen. Das ist ihr gelungen. «Ich bin mit mir im Reinen. Ich liebe Menschen und sehe in jedem die Menschlichkeit», sagt sie. Patrick Magee hat 2021 seine Memoiren veröffentlicht. Der Titel: «Where grieving begins» (Wo Trauer anfängt). Das Vorwort stammt von Jo Berry. |

Gemeinsam für Majevisa

In Bosnien-Herzegowina formiert sich breiter Widerstand gegen die Förderung von Lithium durch den Schweizer Konzern Arcore. Einstige Feind*innen engagieren sich gemeinsam gegen den Abbau. Von Sead Husic

«Sie haben gemeinsam gegen die Faschisten gekämpft, und sie sind gemeinsam gestorben. Serb*innen, Kroat*innen, Bosnier*innen. Heute erzählen uns die Politiker*innen, dass wir nicht zusammenleben können», sagt Adi Selman und schüttelt den Kopf. Adi steht in Vukosavci auf dem Gelände eines verfallenen Denkmals, das an die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Partisan*innen und Soldat*innen erinnert.

Seit dem Zerfall des Landes 1991 rottet dieser Platz vor sich hin. Denn in der Republika Srpska (RS), einem Teilstaat Bosnien-Herzegowinas, erinnert man sich nicht gerne an die multiethnische Geschichte des 1992 entstandenen Staats. In diesem Landesteil wurden unter Führung von Radovan Karadžić und General Ratko Mladić Zehntausende Bosnier*innen, Kroat*innen und Rom*nja ermordet. Der 32-jährige Adi hat den Jugoslawien-Krieg von 1991 bis 1995 nicht bewusst erlebt, die schrecklichen Geschichten aus dieser Zeit kennt er von seinen Eltern. Adi ist Bosniake. Wenn es nach dem Präsidenten der RS geht, dem extremen Nationalisten Milorad Dodik, hat jemand wie Adi hier nichts zu suchen. Seit mehr als 18 Jahren beherrscht Dodik die RS. Öffentlich behauptet er, Bosnier*innen und Serb*innen könnten nicht zusammenleben.

Gemeinsam gegen den Lithiumabbau | Adi beweist das Gegenteil: Er hat in der Nähe Freund*innen wie die serbische Aktivistin Andrijana Pekić in Lopare. Der Ort ist nur zwei Kilometer von Vukosavci entfernt und sorgt für Schlagzeilen. Denn im Herbst 2022 wurde bekannt, dass das Schweizer Bergbauunternehmen Arcore im angrenzenden Majevisa-Gebirge bei geheimen Probebohrungen immense Vorkommen an Lithium entdeckte. Lithium ist ein wichtiger Rohstoff für den Übergang von der fossilen zur regenerativen Energiegewinnung.

Im November 2023 teilte Arcore mit, eine strategische Partnerschaft mit dem deutsch-kanadischen Unternehmen Rock Tech Lithium vereinbart zu haben. Rock Tech baut derzeit im brandenburgischen Guben ein Konverterwerk, in dem aus Lithiumkarbonat Lithiumhydroxid produziert werden soll, um jährlich 150 000 Batterien für die deutsche Autoindustrie herzustellen.

«Den Preis dafür bezahlen wir. Bei der Lithiumgewinnung wird sehr viel Wasser verbraucht, und sie sorgt für eine immense Umweltverschmutzung», sagt Andrijana. Gleich nachdem sie von den Plänen zum Lithiumabbau aus der Presse erfahren hatte, gründete sie den Verein Čuvari Majevice, Beschützer der Majevisa.

Sie und Adi treffen sich an der Ortseinfahrt von Lopare, und sie zeigt ihm ein neues Plakat, das sie hier anbringen liess. Darauf steht: «Fremder Profit, unser Untergang?» Adi gratuliert ihr. Als Mitarbeiter der NGO Karton Revolucija, die gegen Korruption kämpft, weiss er, wie man Aufmerksamkeit erzielt. Und gerade jetzt ist das Thema virulent, denn es stehen Kommunalwahlen an.

Andrijana war wegen ihres Engagements in Lopare oft in den Medien zu sehen und erhielt schon einige Male Drohanrufe von angeblichen Veteranen, die ihr antiserbische Politik vorwerfen.

Adi erzählt, dass ihn der unabhängige Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Lopare, Milanko Tošić, zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen hat. Auf Tošićs Wahlplakaten steht: «Leben! Kein Lithium.» Adi hätte da über seine Erfahrungen in Serbien reden sollen, wo er an mehreren erfolgreichen Aktionen von NGOs gegen den Lithiumabbau teilgenommen hat. Aber serbische Nationalist*innen drohten Tošić Gewalt an, sollte er einen Bosniaken auf einer serbischen Versammlung auftreten lassen.

Wanderrouen für den Tourismus | Zahlreiche Aktive in Politik und Gesellschaft haben längst die ethnischen oder administrativen Grenzen überwunden, um den Lithiumabbau in Lopare gemeinsam zu stoppen. Mehrere Gemeinden wie die von Lopare und Čelić arbeiten mittlerweile zusammen. Admir Hrustanović ist der parteilose Gemeindevorsitzende von Čelić, das sich in der Föderation befindet. Er erlebte als Kind den Krieg und floh mit seiner Familie in die USA. Nach seiner Rückkehr engagierte er sich politisch in seinem Geburtsort. «Dieses Land kann nur gemeinsam vorankommen, ganz gleich welchen religiösen oder kulturellen Hintergrund jemand hat», sagt er. Vor Jahren riefen er und ein Kollege in Lopare das Projekt Via Majevisa ins Leben. Drei Gemeinden der Föderation und zwei aus der RS beteiligten sich daran, das Mittelgebirge Majevisa für den Tourismus zu erschliessen: mit Wanderrouen, Radwegen und einem bunten Kulturprogramm, bei dem man auch Moscheen, orthodoxe oder katholische

Sead Husic ist Journalist und Schriftsteller.

In diesem felsigen Hang in der Nähe der Stadt Lopare gibt es das begehrte Lithium-Erz.

Kirchen besichtigen kann. Doch der Lithiumabbau droht diese Pläne zu durchkreuzen.

«Die Menschen fürchten, dass beim Abbau der Rohstoffe giftige Substanzen in den Fluss Šibošnica gelangen und so die Wasserversorgung unserer Gemeinde gefährdet wird», sagt Hrustanović.

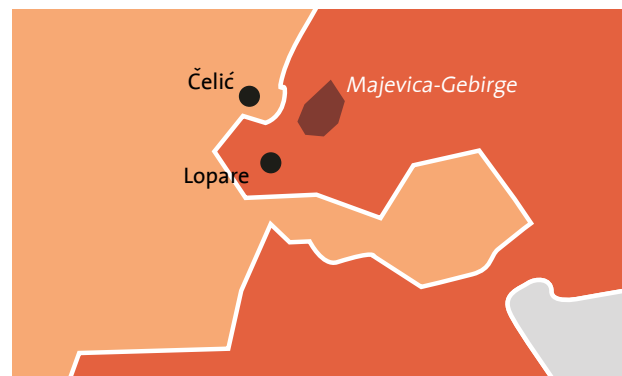
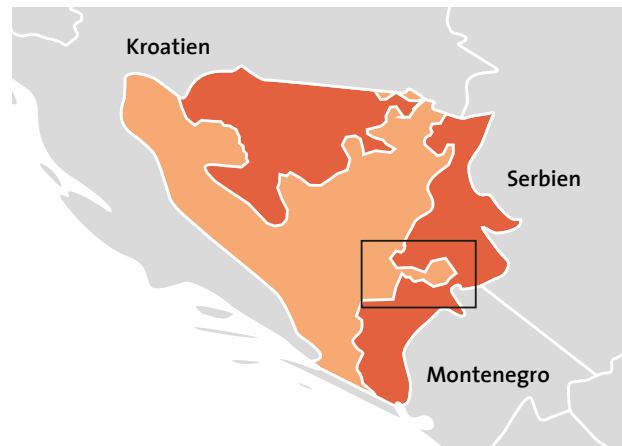
In Lopare sitzt Bürgermeister Rado Savić in seinem Büro. Er ist gleich alt wie Hrustanović und gehört der Serbischen Demokratischen Partei an, die Karadžić einst gründete. Lange her. Savić ist voll des Lobes über seinen Kollegen und «Freund in Čelić», wie er sagt. «Wir haben uns sofort gut verstanden und hatten beide die gleiche Vorstellung davon, wie wir unsere Region entwickeln sollten. Für Tourist*innen ist es doch viel spannender, wenn sie die Vielfalt unseres Landes erleben können», sagt er. Die Verwaltungsgrenzen spielten dabei keine Rolle. Beim Thema Lithium verfinstert sich sein Blick. «Wir wissen, dass wir den geplanten Abbau nur gemeinsam stoppen können», sagt Savić. Erst vor wenigen Tagen unterzeichneten die Vorsteher von acht Gemeinden aus beiden Landesteilen ein Memorandum zum gemeinsamen Kampf gegen Arcore und Dodiks Pläne, die Majevisa zum Abbaubereich zu machen.

Andrijana und Adi spazieren durch Lopare und bleiben unter einem Wahlplakat von Milanko Tošić stehen. «Er ist unsere Hoffnung, denn wir brauchen eine neue Generation von Politiker*innen. Bei den alten weiss man nie, ob sie nicht doch schmutzige Deals machen», sagt Andrijana und deutet in Richtung eines Plakats, auf dem Savićs Gesicht zu sehen ist. Adi lächelt. «Man munkelt, dass Savić sich längst mit Dodik verständigt hat. Sollte er gewinnen, dann wird er den Bau einer Mine nicht verhindern», sagt er.



Adrijana Peki und Adi Selman am Dorfeingang von Lopare vor einem Plakat gegen den Lithium-Abbau.

Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska



Es sind mächtige Gegenspieler, die die beiden haben. Vergangenen Juli unterzeichnete der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem serbischen Präsidenten Alexander Vučić einen europäischen Plan zum Lithiumabbau im Jadar-Tal, das zu Serbien gehört. «Das ist die gleiche Ader wie im bosnischen Lopare. Sie ist nur knapp 40 Kilometer Luftlinie entfernt.»

Der serbische Präsident Alexander Vučić und der Präsident der RS, Milorad Dodik, sind enge Verbündete und teilen auch wirtschaftliche Interessen. In Serbien soll das britisch-australische Bergbauunternehmen Rio Tinto tätig werden. Die serbische Regierung leitet gerade entsprechende Genehmigungsverfahren und Gesetze in die Wege. Proteste sollen in Serbien bereits im Keim erstickt werden.

Es wird befürchtet, Dodik könnte sich ein Beispiel daran nehmen und alles daransetzen, den Bergbau in Lopare nach serbischem Vorbild voranzutreiben. Davon sind Adi und Andrijana überzeugt. Als Adi auf der kurvigen Strasse über die Majevisa zurückfährt, bleibt er auf einer Anhöhe stehen, steigt aus und betrachtet die idyllische Hügellandschaft. «Und das soll alles zerstört werden, damit man mit sauberen Elektroautos fahren kann?», fragt Adi. «Die dürfen nicht gewinnen.»

© Srđan Huić

Paradoxes Erbe

Spätestens seit Beginn der russischen Invasion 2022 wird in der Ukraine der Abbau sowjetischer Denkmäler im öffentlichen Raum verstärkt vorangetrieben. Doch es gibt Stimmen, die die Denkmäler als Teil ukrainischer Geschichte bewahren wollen. Von Antonio Prokscha

Zwei Monate nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine liegt auf einem Hügel in Kyjiw ein abgetrennter Kopf. Er war Teil einer acht Meter hohen Bronzefigur, die einen ukrainischen und einen russischen Arbeiter darstellte, die gemeinsam einen sowjetischen Freundschaftsorden in die Höhe hielten. Die Statue stand unter dem imposanten «Bogen der Völkerfreundschaft», der 1982 zum 60. Jahrestag der Sowjetunion eingeweiht worden war.

Kyjiws Bürgermeister Vitali Klitschko spricht neben dem abgeschlagenen Kopf in die Mikrofone der Journalist*innen:

«Die sowjetische Vergangenheit war für Menschen in der Ukraine schon immer ein emotionales und sensibles Thema.» Yevheniia Moliar

«Man tötet seinen Bruder nicht. Man vergewaltigt nicht seine Schwester. Man zerstört nicht das Land seines Freundes. Deshalb haben wir heute dieses Denkmal abgebaut, das einst als Zeichen der Freundschaft zwischen der Ukraine und Russland errichtet wurde.» Der Titanbogen bleibe bestehen, werde aber in «Bogen der Freiheit des ukrainischen Volkes» umbenannt, so Klitschko. Als ein Kran die Statue aus ihrer Verankerung hebt und auf den Boden absenkt, jubelt die Menschenmenge «Slavyi Ukraini» – Ruhm der Ukraine.

Die Aktion ist Teil einer Entwicklung, die seit einigen Jahren in der Ukraine zu beobachten ist: Sowjetisches Erbe wird abgebaut, um Platz für eine neue, unabhängige Identität zu schaffen. Was einst die sowjetische Einheit verherrlichte, steht heute für den Willen der Ukraine, sich von einer Ver-



gangenheit der russischen Vorherrschaft zu lösen. Die Ukraine kämpft nicht nur um territoriale Souveränität, sondern auch um die Deutungshoheit über ihre Geschichte.

Politisierte Denkmäler | Bereits während der Maidan-Proteste 2013 war die Zerstörung der Lenin-Statue auf dem zentralen Platz von Kyjiw ein Schlüsselmoment. Nach der russischen Annexion der Krim 2014 verabschiedete das ukrainische Parlament Gesetze der «Entkommunisierung» um Strassennamen ändern und sowjetische Denkmäler entfernen zu können. Die russische Invasion 2022 verlieh diesem Vorhaben eine neue Dringlichkeit.

«Die sowjetische Vergangenheit war für Menschen in der Ukraine schon immer ein emotionales und sensibles Thema», sagt die ukrainische Kuratorin und Historikerin Yevheniia Moliar. «Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann die propagandistische Bedeutung von sowjetischen Bauten zu verblassen. Als ich aufwuchs, war der Freiheitsbogen nur ein weiteres Denkmal und einer unserer Lieblingsorte, an denen wir uns mit Freund*innen trafen oder spazieren gingen.»

Doch der Krieg habe diese Denkmäler wieder politisiert. «Die russische Propaganda gab ihnen ihr politisches Potenzial zurück», sagt Moliar.

So restauriert umgekehrt die russische Regierung in den besetzten ukrainischen Gebieten Statuen und Symbole aus der Sowjetzeit. Russische Soldat*innen zerstören zudem Gedenkstätten, die an die sowjetischen Verbrechen erinnern, beispielsweise das Holodomor-Denkmal in Mariupol, das an die Millionen Ukrainer*innen erinnert, die in der von Stalin inszenierten Hungersnot ums Leben kamen.

Teil der Identität | Die Historikerin Yevheniia Moliar arbeitete im Auftrag des ukrainischen Kulturministeriums für eine Kommission, die sowjetische Denkmäler katalogisierte

Antonio Prokscha ist Pressereferent und Redaktor bei Amnesty Österreich.



© Keystone/Mauritius Images/Volker Preusser

Einst Symbol der Völkerverfreundschaft, heute «Bogen der Freiheit des ukrainischen Volkes» – sowjetische Denkmäler werden entfernt oder uminterpretiert.

Spuren finden sich nicht nur in Denkmälern und der Architektur, sondern auch in der Stadtplanung, in Landschaften oder sogar in persönlichen Dingen wie Haushaltsgegenständen und Fotoalben von Familien. Trotz der Bemühungen, die Ukraine von ihrer sowjetischen Vergangenheit zu lösen, prägen diese Überbleibsel weiterhin das Land.

Differenzierte Auseinandersetzung | Angesichts dessen haben einige zeitgenössische ukrainische Künstler*innen über die letzten Jahre begonnen, sowjetische Denkmäler neu zu interpretieren. So plakatierte der Künstler Volodimir Kuznetsov schon 2018 einen Riss auf den Bogen in Kyjiw und taufte ihn «Riss der Freundschaft».

Auch Museen könnten eine Rolle spielen, wenn es darum geht, die Mechanismen der Propaganda aufzuarbeiten und eine differenzierte Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit zu ermöglichen. «Vor ein paar Jahren ging es darum, Wege für den kulturellen Erhalt sowjetischer Denkmäler zu finden. Aber durch den Krieg hat sich alles verändert», sagt Moliar. Die Einrichtung eines Museums zum sowjetischen Erbe wäre eine Alternative für die öffentliche Diskussion. Bisher gibt es so etwas nur vereinzelt.

«Es ist entscheidend, dass die Ukrainer*innen die Mechanismen der Propaganda verstehen, die ihre Geschichtswahrnehmung beeinflusst haben», sagt sie. «Nur wenn wir lernen, die Vergangenheit als komplexes Gewebe zu sehen, statt sie in einem binären Narrativ festzuschreiben, werden sowjetische Denkmäler nicht länger als Bedrohung wahrgenommen und können stattdessen als Gelegenheit zur Reflexion und Reklamation dienen.»

Die Diskussion über den Freiheitsbogen geht währenddessen weiter. Der vollständige Abbau des Bauwerks wurde in den letzten Jahren erwogen, der Plan dazu wurde jedoch Ende April aufgegeben. Nach Ansicht des Kulturministeriums der Kyjiwer Stadtverwaltung wurde die Bedeutung des Bogens «neu überdacht», und der Platz soll umgestaltet werden. |

«Die Auslöschung dieser Symbole könnte bedeuten, dass ein Teil unserer kulturellen Identität verloren geht.»

Yevheniia Moliar

und Empfehlungen zum Umgang mit ihnen abgab. Die Kommission plädierte für den Erhalt der Denkmäler als kulturelles Erbe der Ukraine. Solche Vorschläge stiessen jedoch auf grossen Widerstand, erklärt Moliar: «Leider wurden einige unserer Empfehlungen ignoriert. Die einzigen Stimmen, die gehört werden, sind die, die Abriss und Zerstörung fordern.»

In der Ukraine wird das sowjetische Erbe oft als russisches Erbe betrachtet. Doch sowjetisch sei nicht gleichbedeutend mit russisch, argumentiert Moliar: «Die russische Propaganda behauptet, sie stünden für eine russische Geschichte der Ukraine. Viele dieser Denkmäler wurden jedoch von ukrainischen Künstler*innen geschaffen.»

Wer dieses Kulturerbe auf russische Kultur reduzierte, tappe in die Falle der Propaganda, erklärt sie weiter: «Die Auslöschung dieser Symbole könnte bedeuten, dass ein Teil unserer kulturellen Identität verloren geht.»

Die Herausforderung bestehe darin, dieses Erbe als ukrainisch anzuerkennen und gleichzeitig die Propaganda und die Manipulation zu erkennen, die damit einhergingen, sagt Moliar. «Das Problem ist, dass nach dem russischen Angriff auf die Ukraine viele diese Unterscheidung nicht mehr machen wollen. Es ist schwer, über den Erhalt dieser Denkmäler zu sprechen, wenn sie mit dem Aggressor in Verbindung gebracht werden.» In Kriegszeiten erhielt die Entfernung sowjetischer Denkmäler zusätzliche Bedeutung. Während sich die Ukraine gegen die russische Aggression wehrt, wird die Zerstörung dieser Symbole zu einem Akt des Widerstands gegen die imperialistischen Ambitionen des Kremls. «Der Abriss sowjetischer Statuen ist nicht nur die Beseitigung eines Stücks Geschichte. Es ist ein symbolischer Sieg. Sie zu zerstören, hat fast einen magischen Charakter – man kann damit seinen Feind zu Fall bringen», sagt Moliar.

Die Sowjetzeit ist ein integraler Bestandteil der Geschichte des Landes und der modernen ukrainischen Identität. Ihre

Einig, nicht einig zu sein

Ist ein Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinenser*innen nach all den Jahrzehnten des Konflikts noch möglich? Ja, sagen die Bewohner*innen des Dorfes Neve Shalom – Wahat al Salam. Welchen Herausforderungen sie sich stellen, thematisiert der Film «Children of Peace».

Von Manuela Reimann Graf



Der Film «Children of Peace» ist schon zwei Jahre alt – er wurde 2022 fertiggestellt –, ist aber aktueller denn je. Anhand von Gesprächen thematisiert er das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von rund 300 Palästinenser*innen und jüdischen Menschen im Dorf Neve Shalom – Wahat al-Salam (Oase des Friedens) und verheimlicht nicht, wie schwierig das ist. Im Gegenteil. Die aktuelle Situation stellt das Zusammenleben der Gemeinschaft abermals vor grosse Herausforderungen.

Der Regisseur Maayan Schwartz ist ein Kind dieser «Oase». Er und seine im Film gezeigten Altersgenoss*innen sind die ersten, die im Dorf geboren wurden. Sie wuchsen miteinander auf, sprechen beide Sprachen, feierten zusammen die religiösen jüdischen, muslimischen und christlichen Feiertage, gingen gemeinsam in die Grundschule und verstanden als Kinder noch nicht, wie aussergewöhnlich ihr Leben war – in einer Region, in der sich zwei Seiten unveröhnlich gegenüberstehen.

Der Dokumentarfilm schildert das Aufwachsen dieser Generation vor dem Hintergrund der Geschichte des Dorfs und des Konflikts: Historische Videoausschnitte aus Dorf- und Familienarchiven dokumentieren die Entwicklung der Gemeinschaft seit ihrer Gründung. In den 1970er-Jahren startete der Dominikanerpater Bruno Hussar mit Gleichgesinnten das Experiment auf dem Grundstück eines katholischen Klosters in der Nähe von Jerusalem. Ausschnitte aus Filmmaterial von Medienschaffenden aus aller Welt, die das Dorf besuchten, be-

Ein Bild aus dem Film – und aus dem Leben: Maayan Schwartz, hier mit seinem Sohn auf den Schultern.

tonen dessen Einzigartigkeit – darunter immer wieder die Kinder, die bereitwillig über ihren Alltag Auskunft geben.

Dem friedlichen Zusammenleben im Dorf werden im Film Szenen aus Nachrichtensendungen gegenübergestellt, die die gewaltvolle Realität in Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet zeigen. Auch die Gemeinschaft bleibt nicht von dem Konflikt verschont, der um sie herum tobt. Die Friedensschule des Dorfs wird angezündet, und rassistische, antiarabische Graffiti werden auf Mauern gesprüht. «Wir in Neve Shalom sind nicht ausserhalb des Konflikts, wir leben nicht in einer Blase. Im Gegenteil», betont Maayan Schwartz. «Durch unser Zusammenleben müssen wir Tag für Tag lernen, damit umzugehen – mehr als alle anderen. In rein arabischen oder rein jüdischen Gemeinschaften müssen sich die Menschen nicht mit der anderen Seite auseinandersetzen, wir schon.»

In den Gesprächen mit den heute erwachsenen Freund*innen aus seiner Kindheit geht Schwartz der Frage nach, wie sie sich ihrer Identität als Palästinenser*in oder Israeli bewusst wurden und welche Herausforderungen das für die Beziehungen und Freundschaften untereinander mit sich brachte. Mit zunehmendem Alter konnten sich die Kinder in Neve Shalom – Wahat al-Salam dem Konflikt immer weniger entziehen.

Das galt insbesondere ab dem Moment, als sie getrennt in weiterführende Schulen gehen mussten. Der Palästinenser

«Es ist die Stärke unseres Dorfs – und ich bin überzeugt, dass es genau deswegen überleben konnte –, dass wir uns diesen Fragen stellen. Und dass wir uns einig sind, dass wir uns nicht in allem einig sein müssen, weil wir trotz der Unterschiede eine Gemeinschaft bleiben wollen.»

Maayan Schwartz

Hilal erzählt, ihm sei erst dann bewusst geworden, wie anders das Leben ausserhalb des Dorfs war: «Plötzlich gehörte ich als Araber zu einer Minderheit.» Auch die jüdischen Kinder erfahren, wie exotisch ihr Zusammenleben Menschen ausserhalb des Dorfs anmutete und wie viel Feindseligkeit dort herrschte. Auch sie wurden beleidigt und in ihren Schulen als Verräter*innen bezeichnet, weil sie «mit dem Feind» lebten.

Belastungsprobe Militär | Dies sei die Zeit gewesen, als er sich vom Dorf und seinen Kamerad*innen zu entfremden begonnen habe, erzählt der Regisseur: «Wir hatten nun unterschiedliche Tagesabläufe, bewegten uns entweder in einer jüdischen oder einer arabischen Gesellschaft. Ich dachte, nach der Highschool sind wir dann alle wieder zusammen, wie zuvor. Doch dann kam der Militärdienst.»

Die Einberufung ins Militär, die nur die jüdischen 18-Jährigen betrifft – palästinensische Bürger*innen Israels sind vorgeblich aus «Sicherheitsgründen» davon ausgeschlossen –, stellte einen grossen Einschnitt im Leben der jungen Menschen dar, und zwar für beide Seiten. Die jüdischen Jugendlichen standen vor der schwierigen Frage «Militärdienst: ja oder nein», wobei Verweigerung zumeist Militärgesetz und Gefängnis nach sich zieht. Die palästinensischen Jugendlichen konnten hingegen nur schwer verstehen, dass ihre Freund*innen zum Militär gingen. Sie assoziierten israelische Soldat*innen mit Besatzung und Gewalt, hatten Angst vor ihnen. So sagt der Palästinenser Omer im Film zu Maayan Schwartz, der Militärdienst leistete: «Du hättest es besser wissen müssen. Indem du dich für die Armee entschieden hast, hast du eine Seite gewählt. Ich denke, es ist falsch, eine Seite zu wählen.»

Zu einer grossen Belastungsprobe kam es, als Tom Kitain mit 21 Jahren bei einem Militäreinsatz im Libanon starb. Das ganze Dorf trauerte, alle hatten einen Sohn verloren. Eindrücklich ist die Szene nach Toms Tod, als sein palästinensischer Lehrer sagt, dass wohl noch nie ein israelischer Soldat von so vielen Palästinenser*innen betrauert worden sei. Doch als der Wunsch aufkam, für Tom Kitain ein Denkmal zu errichten, wandten sich einige dagegen: Einen israelischen Soldaten im Dorf sichtbar zu ehren, ging manchen zu weit. Die harten Diskussionen zeigten: Die unterschiedlichen Wahrnehmungen bilden Gräben in der Gemeinschaft, und diese können sehr tief gehen, Verletzungen und Unverständnis auslösen.

Das Thema Militärdienst, dem im Film viel Raum gegeben wird, verdeutlicht dies besser als manch ein Sachbuch. Und doch sagt Maayan Schwartz: «Es ist die Stärke unseres Dorfs – und ich bin überzeugt, dass es genau deswegen überleben konnte –, dass wir uns diesen Fragen stellen. Und dass wir uns einig sind, dass wir uns nicht in allem einig sein müssen, weil wir trotz der Unterschiede eine Gemeinschaft bleiben wollen.»

Die aktuelle Situation, die Haltung gegenüber dem, was am 7. Oktober 2023 und seither passiert ist und wie man damit umgehen kann, ist eine weitere Belastungsprobe für die Gemeinschaft. «Diese Themen zu diskutieren, ist sehr belastend, weil die beiden Bevölkerungsgruppen weiter voneinander entfernt sind denn je. Die Realität ist momentan chaotisch und schwer auszuhalten. Aber die Menschen in Neve Shalom sprechen weiterhin miteinander, sie teilen ihre Gefühle mit und akzeptieren, dass das Gegenüber vielleicht andere Gefühle hat», sagt Maayan Schwartz. «Wir können nur mit gegenseitigem Verständnis versuchen, die Gräben zu schliessen. Das braucht Zeit, aber wir versuchen es weiterhin.» |

Ein ausführliches Gespräch mit Maayan Schwartz können Sie online lesen unter: [amnesty.ch/children_of_peace](https://www.amnesty.ch/children_of_peace)



Noch ist ihr Leben friedlich: Palästinensische und jüdische Kinder der ersten im Dorf geborenen Generation.

«Für Versöhnung gibt es kein Patentrezept»

Was sind die Voraussetzungen, damit Frieden und Versöhnung gelingen können? Friedens- und Konfliktforscherin Rina Alluri über Konzepte und Instrumente der Friedensförderung, die Rolle der nächsten Generation und den Einfluss von Bildung und Gerechtigkeit. Von Julia Trampitsch

Kriege und Konflikte nahmen in den vergangenen Jahren zu. Die Zahl der Menschen, die in Konflikten sterben, ist so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr. Wird der Weltfrieden immer mehr zur Utopie?

Für mich sind Utopie und Frieden keine fiktiven, unerreichbaren Orte. Wir haben die Aufgabe und die Verantwortung, die Samen des Friedens und der radikalen Vorstellungskraft zu säen, um dorthin zu gelangen.

Wie würden Sie als Wissenschaftlerin Frieden definieren?

Frieden wird oft als das Ende eines Konfliktes verstanden. Doch das Ende eines Konfliktes ist oft fließend und schwer zu definieren. Selbst in Nachkriegskontexten kann es noch zu Konflikten kommen. Es ist wichtig, Frieden nicht als ein festes Ziel zu verstehen, das einmal erreicht wird und dann für immer bestehen bleibt. Wir müssen ihn als dynamisch und verletzlich begreifen.

Was braucht es, um nachhaltige Friedensprozesse zu fördern, und welche verschiedenen Ansätze gibt es dafür?

Der Diskurs über Aufarbeitung umfasst viele Aspekte wie Reformen, Wiedergutmachung und Versöhnung. Das Konzept der Übergangsgerechtigkeit beschreibt die Idee eines Staates, der sich nach einem Krieg oder Konflikt an Reformen beteiligt. Dies umfasst institutionelle Reformen, Wahrheitskommissionen oder Strafverfolgung, oft auch unter Beteiligung von internationalen Akteur*innen wie dem Internationalen Strafgerichtshof.

Transformative Gerechtigkeit geht noch weiter und betont die Einbindung lokaler Gemeinschaften in den Friedensprozess. Es geht nicht nur um nationale oder internationale Ebenen, sondern auch darum, wie lokale Akteur*innen, NGOs und Gemeinschaften in den Friedensprozess einbezogen werden.

Gibt es neue Konzepte in der Friedensforschung, die mehr Beachtung brauchen?

Etwas, das meine Arbeit und mein Verständnis von Friedensför-

derung heute prägt, ist das Konzept der Intersektionalität. Dieser von der Juraprofessorin Kimberlé Crenshaw geprägte Ansatz zeigt, wie sich verschiedene Formen der Unterdrückung wie Rassismus, Klasse und Sexismus mit unterschiedlichen Formen der Diskriminierung überschneiden. Wir müssen auch die Komplexität von Konflikten verstehen und wie Menschen mit sich überschneidenden marginalisierten Identitäten auf besondere Weise von Konflikten und Kriegen betroffen sind. Zugleich sind Konflikte mehr als nur Identitätspolitik. Sie beruhen auf sich überschneidenden Aspekten wie Identität, Land, Ressourcen, Territorium oder Ideologien.

Um voranzukommen, müssen wir die bestehenden Mechanismen und Institutionen prüfen und darüber nachdenken, wie sie

«Es ist wichtig, Frieden nicht als ein festes Ziel zu verstehen, das einmal erreicht wird und dann für immer bestehen bleibt. Wir müssen ihn als dynamisch und verletzlich begreifen.»

die Friedenskonsolidierung unterstützen können, aber auch, wo sie ihre Grenzen haben. Wir müssen bereit sein, neue Mechanismen und Institutionen zu entwickeln, um dem hohen Mass an Gewalt und Konflikten, das wir heute erleben, entgegenzuwirken.

Welche Rolle spielt Versöhnung in der Aufarbeitung von Konflikten?

Versöhnung hat viele Pfeiler, darunter verschiedene Formen von Reformen und Elementen der Wiedergutmachung. Die Herausforderung besteht darin, dass es kein Patentrezept für Versöhnung gibt. Wie Versöhnung stattfinden kann, hat oft viel damit zu tun, wie ein Krieg beendet wird.

In Sri Lanka beispielsweise, wo ich viele Jahre geforscht habe, endete der Bürgerkrieg mit einer militärischen Niederlage der einen Konfliktpartei. Trotz des Kriegsendes dauerten Konflikte und Proteste an.

Doch es gibt auch andere Lösungen mit besseren Chancen für einen nachhaltigen Frieden: In Südafrika etwa gab es nach Beendigung der Apartheid einen umfassenden nationalen Versöhnungsprozess, der mit einem Waffenstillstand, einer Wahrheitskommission und demokratischen Wahlen verbunden war. Dort gab es eine Transformation, die auf Reformen und Wiedergutmachung aufbaute. Doch auch hier war der Weg nicht frei von Fehlern.

Gibt es bestimmte gesellschaftliche Werte oder Prinzipien, die aus Ihrer Sicht entscheidend sind, um eine Kultur des Friedens zu schaffen?

Wir reden viel über Gleichheit – gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleicher Zugang –, aber für mich ist Gerechtigkeit ein ebenso wichtiger Wert. Wenn wir über demokratische Werte sprechen, betonen wir häufig die Gleichheit und vergessen dabei die Gerechtigkeit.

Der grundlegende Anspruch muss darin bestehen, Ansätze zu entwickeln, die unterschiedliche Bedürfnisse anerkennen und wertschätzen, ohne sie abzuwerten.

Junge Menschen spielen eine entscheidende Rolle in der Friedensförderung. Wie können wir die nächste Generation ermutigen, sich für Frieden und Versöhnung einzusetzen?

Bildung spielt eine Schlüsselrolle, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Die Ukraine ist ein aktuelles Beispiel: Trotz der Zerstörung von Schulen werden alternative Räume für Bildung geschaffen, um sicherzustellen, dass Kinder weiterhin lernen. Diese Kinder werden später die Gesellschaft wieder aufbauen. Ohne Bildung wird es sehr schwierig sein, eine friedliche Zukunft zu gestalten.

Wie wichtig ist es für uns alle, die eigene Geschichte und Kultur zu verstehen, um Frieden und Versöhnung zu fördern?

Geschichte ist wichtig, aber wir müssen auch in der Gegenwart leben und mit einem visionären Blick in die Zukunft schauen. Besonders in Gemeinschaften, deren Geschichte ausgelöscht wurde wie in afroamerikanischen oder indigenen Gesellschaften, kann das Wissen um die eigene Vergangenheit oft fehlen.



© Target Group/Franz Oss

Dr. Rina M. Alluri ist Unesco-Lehrstuhlinhaberin für Friedensforschung und Assistenzprofessorin im Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Innsbruck.

Wir müssen also gleichzeitig offen für eine Zukunft sein, die über unsere Geschichte hinausgeht. Es reicht nicht, sich nur auf die Vergangenheit zu stützen, um Frieden zu schaffen. |

Julia Trampitsch ist Redaktorin bei Amnesty Österreich.

Frieden und Versöhnung: Was heisst das genau?

Begriffe wie Frieden und Versöhnung haben im Zusammenhang mit Menschenrechten eine leicht andere Bedeutung als in der Umgangssprache. Daher hier einige Erläuterungen:

Frieden ist die Abwesenheit von gewaltsamen Konflikten oder Krieg. Frieden ist ein Zustand, in dem auftretenden Differenzen zwischen Einzelpersonen, Gruppen oder Staaten auf der Basis von Rechten und Gesetzen und ohne Gewalt begegnet wird. **Friedensförderung** umfasst alle Massnahmen, die nach der Beendigung der Gewalt die nachhaltige friedliche Entwicklung gewährleisten sollen. Dazu gehören etwa die Wiederherstellung von zerstörter Infrastruktur, die juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen sowie Versöhnungsprojekte und die Betreuung von Kriegsopfern.

Versöhnung bezeichnet den Prozess der Wiederherstellung von verletzten oder zerstörten Beziehungen nach einem Konflikt. Versöhnung bedingt, dass die Konfliktparteien aktiv aufeinander zugehen. In der internationalen Politik wird häufig der Begriff **«reconciliation»** für Versöhnungsprozesse nach einem gewalttätigen Konflikt oder in Gesellschaften, die sich im Übergang zu einer demokratischen Regierungsform befinden, genutzt. Häufig wird auch der Begriff der **«transitional justice»** angewendet, wenn es um die Aufarbeitung von Verbrechen, die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen oder die Reparationen für Opfer von Gewalt geht.

Wahrheitskommissionen sind Organe, die zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen eingerichtet werden, die entweder vom Militär oder von anderen Regierungseinheiten oder aber von der bewaffneten Opposition begangen worden sind. Wahrheitskommissionen werden offiziell vom Staat oder den Vereinten Nationen ermächtigt und untersuchen Menschenrechtsverbrechen, indem sie Fakten, Ursachen und Folgen vergangener Menschenrechtsverletzungen aufklären und dazu die Erfahrungen der Betroffenen zusammentragen. Wahrheitskommissionen sind keine ständigen Einrichtungen, sondern existieren lediglich für einen vorher festgelegten, begrenzten Zeitraum, der in der Regel mit der Übermittlung eines Berichts endet. (nwe)

Eine unmögliche Aufgabe?

In Kanada wurde 2008 eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingesetzt, um die Verbrechen aufzuarbeiten, die im 19. und 20. Jahrhundert an Indigenen begangen wurden. Die Erwartungen an die Kommission waren hoch. Zu hoch? Von Natalie Wenger

«Wir mussten immer beten, kniend. Sie sagten uns, wir seien kleine, dumme Wilde, die erzogen werden müssten», sagte Elaine Durocher.

«Wir haben viel gearbeitet, in der Molkerei und im Hühnerstall. Dazu kam die Hausarbeit: waschen, putzen, kochen», sagte Josephine Eshkibok.

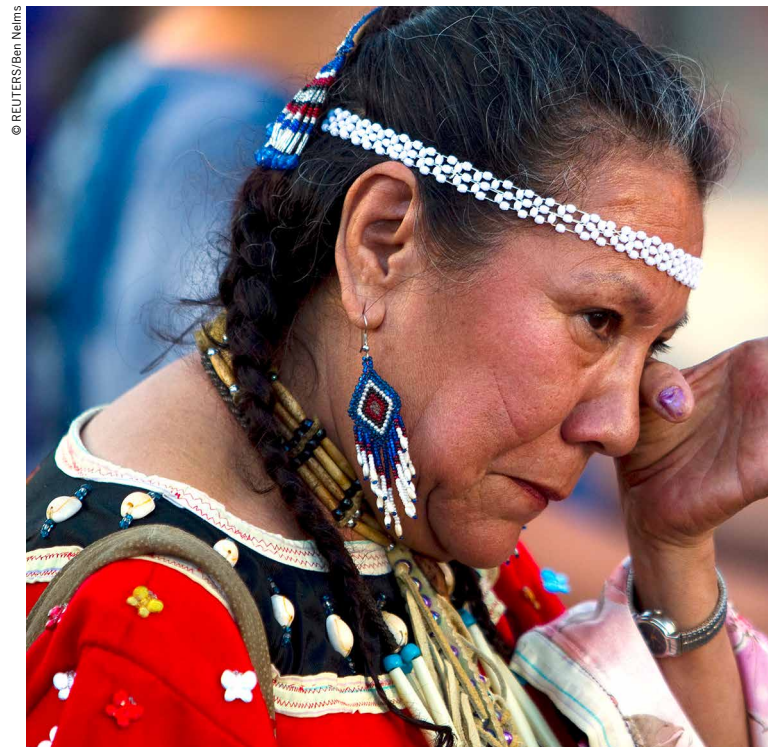
«Die Schulleiterin steckte ein grosses Stück Seife in meinen Mund, als sie mich erwischte, wie ich meine Sprache sprach. Sie presste ihre Hand auf meinen Mund, als ich die Seife kaute. Ich musste schlucken. Sie sagte mir, sie habe meinen Mund waschen müssen, da ich die schmutzige Sprache des Teufels benutzt hätte», sagte Pierrette Benjamin.

Elaine Durocher, Josephine Eshkibok und Pierrette Benjamin zählen zu den mehr als 150 000 Indigenen, die zwischen 1850 und 1996 als Kinder von ihren Eltern getrennt und in Internate gesteckt wurden, sogenannte Residential Schools. Die Heime wurden von der kanadischen Regierung und der katholischen Kirche betrieben, um die Schüler*innen an die Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren. Die Kinder mussten Englisch sprechen, wurden körperlich und psychisch misshandelt, mussten schuften. Nach Angaben der kanadischen Regierung starben 3201 Schüler*innen in den Erziehungsanstalten.

Dass die Aussagen von Überlebenden an die Öffentlichkeit kamen, ist auch der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC) zu verdanken, die 2008 gegründet wurde. Denn bis in die 1990er-Jahre hatten die kanadische Regierung und die katholische Kirche die Zustände in den Residential Schools geheim gehalten und Aussagen von Überlebenden als übertrieben abgetan. Erst nachdem Phil Fontaine, ein Chief aus Manitoba, im Jahr 1990 öffentlich über seine Erfahrungen an der Fort Alexander Indian Residential School in Winnipeg sprach, machten viele Überlebende ihre Geschichten publik. Bis 2007 reichten 15 000 Personen Klage wegen sexuellen und körperlichen Missbrauchs an den Residential Schools ein. Die Regierung war gezwungen zu handeln. Der damalige Premierminister Stephen Harper entschuldigte sich 2008 offiziell für die Politik der Assimilation, die sich bis heute negativ auf indigene Gemeinschaften auswirkt. Im selben Jahr nahm die TRC ihre Arbeit auf.

Durchmischte Bilanz | Die Erwartungen an in die TRC waren gross: Die Mehrheit der Bevölkerung fand es wichtig, dass die dunkle Vergangenheit ans Licht kam. Der Kommission ging es weniger um Anprangerung und Zuschreibung von Schuld, sondern vielmehr darum, ein sicheres Forum zu schaffen, in dem Beschwerden geäußert und zu Protokoll gegeben werden konnten. Mehr als 6500 Überlebende erzählten dort ihre Geschichte und enthüllten erschütternde Details über das Leben in den Residential Schools. Ihre Aussagen wurden im Fernsehen ausgestrahlt und im ganzen Land verbreitet.

Doch es gab auch Widerstand. Die Regierung zensurierte Dokumente, die sie selbst belastet hätten, die Kirche weigerte sich, gewisse Daten herauszugeben, Akten wurden vernichtet. Betroffene



© REUTERS/Ben Nelms

weigerten sich, bei der TRC auszusagen, weil sie der kanadischen Regierung nicht vertrauten. Viele hatten Angst, sich erneut in einer Opferrolle wiederzufinden. Mehrere indigene Gemeinschaften kritisierten, dass die TRC sich auf die Residential Schools konzentrierte, den kolonialen Hintergrund und den andauernden institutionalisierten Rassismus jedoch nicht einbeziehe.

Der Schlussbericht der TRC umfasste nicht nur die Geschichten der Überlebenden, sondern auch 94 Vorschläge, wie das Geschehene aufgearbeitet werden könnte. So wurde etwa eine Untersuchung von Tötungen und Verschwindenlassen von indigenen Frauen und Mädchen gefordert. Premierminister Justin Trudeau hatte 2015 versprochen, diese Vorschläge umzusetzen. Bis Ende 2023 wurden

Betroffene weigerten sich, bei der TRC auszusagen, weil sie der kanadischen Regierung nicht vertrauten. Viele hatten Angst, sich erneut in einer Opferrolle wiederzufinden.

laut dem kanadischen Medienhaus CBC jedoch nur 13 Vorschläge komplett umgesetzt, 18 Vorschläge wurden noch gar nicht angegangen. «Die Regierung greift auf aufmerksamkeitsheischende Symbolpolitik zurück, setzt aber kaum substantielle Reformen durch», sagt Guy Freedman, ein Berater für indigene Angelegenheiten. «Indigene werden in Kanada systematisch benachteiligt, so haben mehr als 60 indigene Gemeinden keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Solange sich ihre Lebensumstände nicht bessern, ist eine langfristige Heilung schwierig.»

Tatsächlich geriet der Prozess zur Umsetzung der 94 Forderungen nach der anfänglichen Euphorie merklich ins Stocken. Eine Studie des Yellowhead Institute, eines von indigenen Völkern geleiteten Forschungs- und Bildungszentrums, berechnete, dass es beim derzeitigen Tempo bis 2081 dauern könne, bis alle Empfehlungen umgesetzt seien. «Kanada muss akzeptieren, dass es viele institutionalisierte Systeme gibt, die Indigenen aktiv schaden. Ansonsten kann die Diskussion über Versöhnung nicht weiterkommen», schreiben Eva Jewell und Ian Mosby in ihrem Bericht für das Yellowhead Institute.

Kein Allheilmittel | Weltweit gab es bislang mehr als 50 Wahrheits- und Versöhnungskommissionen. Doch viele

Überlebende der Residential Schools kämpfen noch heute mit den Traumata – trotz Wahrheitskommission.

von ihnen führten zu Enttäuschungen. Die erste wurde in Uganda eingesetzt. Sie sollte Fälle von Tötungen und Verschwindenlassen durch die Regierung untersuchen, endete 1974 aber ohne konkrete Forderungen, ein Bericht wurde nie erstellt. Auch die weltweit wohl bekannteste der Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, welche die Verbrechen während der Apartheid in Südafrika aufarbeiten sollte, rief Kritik hervor. Bemängelt wurde vor allem, dass die Täter*innen nach öffentlichen Reuebekundungen begnadigt wurden und die Opfer keine angemessene Entschädigung erhielten. Dennoch war das Ergebnis dieser Kommission historisch bedeutsam: Erstmals wurden die Apartheidverbrechen in Südafrika öffentlich bezeugt und als Menschenrechtsverbrechen anerkannt.

Obwohl sie kein Allheilmittel sind, haben Wahrheitskommissionen Gesellschaften geholfen, kollektive Traumata und Missbrauch aufzuarbeiten und scheinbar unlösbare Konflikte anzugehen, indem sie systembedingte Ungerechtigkeiten öffentlich anerkennen. Klar ist: Für ein erfolgreiches Zusammenleben nach einer traumatischen Vergangenheit braucht es mehr als die Anwendung des Strafrechts. Wahrheitskommissionen wollen den komplexen Prozess der «Vergangenheitsbewältigung» nicht allein mit der Bestrafung der Täter*innen vorantreiben, sondern auch ermitteln, wie es dazu kommen konnte. Denn nur so kann verhindert werden, dass sich die Geschichte wiederholt.

Tatsächlich können Wahrheitskommissionen positive Veränderungen mit sich bringen. So unterzeichnete das kanadische Parlament fünfzehn Jahre nach dem Schlussbericht der TRC im Juni 2021 die «Uno-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker». Diese anerkennt das Recht auf Selbstbestimmung und Erhalt indigener Kulturen und verbietet Diskriminierung und Marginalisierung. Bereits zwei Jahre zuvor hatte die Regierung den Indigenous Languages Act erlassen, der den Gebrauch von indigenen Sprachen fördern soll. Auch führte die Aufarbeitung der Geschichte der Residential Schools dazu, dass der Papst sich im Juli 2022 für die Vergehen der Kirche entschuldigte.

Diese Entwicklungen inspirierten Länder wie Australien und Neuseeland dazu, sich mit der eigenen Vergangenheit und den Verbrechen an den indigenen Völkern auseinanderzusetzen. Dennoch: Es gibt kein Patentrezept, das Erfolg garantiert. «Jede Wahrheitskommission muss sich selbst erfinden», sagte Marie Wilson, die die Kommission in Kanada mitleitete, im Jahr 2020. Doch sollten alle Kommissionen die Opfer in den Mittelpunkt rücken. Erst dann eröffne sich ein Raum für Dialoge über Mitgefühl, über Verantwortung, über Transformation.



Auch hier gibts noch viel zu tun

Auch in den Ländern, in denen die drei Redaktionen dieses Dossiers arbeiten, gibt es einiges an Altlasten von Konflikten. Drei Beispiele zeigen, wie das Erbe des Zweiten Weltkriegs und rassistisches Gedankengut bis heute das Zusammenleben in Österreich, Deutschland und der Schweiz belastet.

«Bleibt misstrauisch»

Lucia Heilman gehört zu den letzten Überlebenden des Holocaust in Österreich. Noch immer fühlt sie sich nicht sicher – für sie ist die Versöhnung daher nicht erreicht. Von Antonio Prokscha



Illustrationen: André Gottschalk

«**H**aben Sie keine Angst, dass sich die Gräueltaten des Holocaust wiederholen könnten?» Diese Frage wird Lucia Heilman immer wieder gestellt. «Als ich diese Frage das erste Mal gehört habe, war ich entsetzt», sagt Lucia Heilman, die 1929 in Wien geboren wurde. «Obwohl ich dies oft gefragt werde, kann ich keine Antwort finden.»

Bis heute fühlt sich Lucia Heilman in Österreich nicht sicher. Antisemitismus empfindet sie als eine ständige Bedrohung, die nie wirklich ver-

schwunden sei. «Der Antisemitismus schläft nur. Viele erkennen diese Bedrohung nicht oder tun sie als <Ansichtssache> ab», sagt sie. Schon nach dem Krieg war es schwer, sich in einem Land zuhause zu fühlen, in dem so viele ihre Verfolgung unterstützt hatten. Ihre Mutter kämpfte lange, um ihre Arbeitsstelle als Chemikerin zurückzubekommen, die enteignete Wohnung erhielten sie erst nach mühsamen Gerichtsverfahren zurück. Auch Lucias Rückkehr in die Schule war von Ablehnung geprägt: «Als ich sagte, ich sei Jüdin, erstarrte die Klasse.»

Lucia Heilman hatte immer wieder Pläne, auszuwandern. Doch sie konnte sich das Medizinstudium nur in Österreich leisten, ausserdem lernte sie ihren Mann kennen, der sich in Österreich ein neues Leben aufbauen wollte. Ihr ganzes Leben lang suchte sie Halt bei anderen jüdischen Menschen. Nur unter ihnen hat sie das Gefühl, frei sprechen zu können und verstanden zu werden.

Versöhnung ist für Lucia Heilman unerreichbar. Der Schmerz und das Leid, die sie erfahren hat, sind zu tief, um daran zu denken: «Für mich persönlich gibt es keine Versöhnung. Wenn man gedemütigt und angespuckt wurde, wie kann man sich mit diesen Menschen versöhnen?»

Lucia Heilman bleibt skeptisch, ob sich die Einstellung gegenüber jüdischen Menschen in Österreich jemals ändern wird. Sie wünscht sich, dass die Menschen zumindest anfangen, den Schaden zu erkennen, den Antisemitismus anrichtet. Ihr Rat an die kommenden Generationen: «Bleibt misstrauisch.»

Fünf Kilometer Konflikte

Die deutsche Sektion von Amnesty International ist innerhalb Berlins in die Sonnenallee umgezogen, Diese ist seit 140 Jahren eine Strasse der Proteste und der politischen Auseinandersetzungen.

Von Maik Söhler

«**F**reundschaft!» Mit diesem Wort begrüsst in Leander Haussmanns Filmkomödie «Sonnenallee» eine Lehrerin ihre Schulklassen – den Begriff laut und autoritär aussprechend, so dass er wie eine Drohung klingt – der offizielle Ton einer Pädagogin in der DDR der 70er-Jahre.

Amnesty International in Deutschland ist im Sommer 2024 in ebendiese Sonnenallee gezogen. Freundschaft – leise und ohne autoritäre Geste – könnte ein geeignetes Mittel sein, um sich erfolgreich unter all jene zu mischen, die bereits länger in dieser Berliner Strasse mit ihrer wechselhaften und konfliktreichen Geschichte leben.



Seit 140 Jahren schreibt sich die Sonnenallee in die Berliner Stadtgeschichte ein. Sie hat das Kaiserreich, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus und die Teilung Berlins überlebt, von der sie auch selbst betroffen war: 400 Meter der Straße im Ostberliner Stadtteil Treptow wurden durch den Bau der Mauer vom Rest der Sonnenallee im Westberliner Stadtteil Neukölln abgetrennt. Und auch der letzte Mauertote ist mit der Sonnenallee verbunden: Chris Gueffroy wurde in der Nacht auf den 6. Februar 1989 beim Versuch, in den Westen zu gelangen, von Grenztruppen der DDR erschossen.

Heute ist die Straße gekennzeichnet durch ein Sammelsurium aus deutschen, türkischen und arabischen, aus verarmten und mittelständischen, aus alteingesessenen und urban-hippen Milieus, die nebeneinander existieren. Die Sonnenallee bleibt eine Straße

der Proteste und der politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Konflikte. Feminist*innen haben das Frauenwahlrecht gefordert, Arbeiter*innen demonstrierten jahrzehntelang für ihre Rechte. Heute gehören Kundgebungen gegen Rassismus zum Alltag.

Leider sind heute auch politische Forderungen zu vernehmen, die die Menschenrechte wie das Recht auf Leben oder die Versammlungs- und Meinungsfreiheit einschränken oder gar abschaffen wollen. Doch die meisten Menschen, die den Alltag in dieser Straße prägen, geben ihr Bestes, damit das friedliche Zusammenleben gelingt. Ein guter Ort für Amnesty, um die Nachbar*innen mit «Freundschaft!» zu umwerben, die Idee der Menschenrechte zu verbreiten und dabei Konflikte einfach mal auszuhalten. Freundschaft bedeutet ja auch: Man muss sich nicht lieben, Zugewandtheit und Respekt reichen völlig aus. |

Ein dunkles Kapitel

In der Schweiz wurden Hunderte von jesischen Kindern zwangsweise ihren Familien weggenommen. Die Aufarbeitung ist längst nicht abgeschlossen. Von Baptiste Fellay

Vor 52 Jahren brachte die Zeitschrift «Der Beobachter» den Skandal ans Licht: Pro Juventute hatte während Jahrzehnten jensische Kinder ihren Eltern entrissen und in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht – im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung der Behörden. «Das Ziel war die Entfremdung der Kinder von der jensischen Kultur und Sprache», erklärt Thomas Huonker, Spezialist für dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte.

Erst 14 Jahre nach den Enthüllungen, am 3. Juni 1986, entschuldigte sich der Bundespräsident im Namen des Landes für das Unrecht. Der lange Prozess der Aufarbeitung ist auch 2024 noch im Gange: Diesen Sommer haben die jensischen Organisationen einen Antrag auf Anerkennung eines kulturellen Genozids an ihrer Gemeinschaft gestellt.

In der Zwischenkriegszeit waren eugenische Theorien in Mode. So war auch Ulrich Wille, Gründungsmitglied von Pro Juventute, ein Freund von Nazi-Größen und Befürworter der Eugenik. Die beiden Psychiater Joseph und Johann Benedikt Jörger beförderten die rassistischen Vorurteile mit psychiatrischen «Expertisen»: Eine ethnische Säuberung der jensischen Bevölkerung sei nötig, denn sie seien von Natur aus kriminell und eine Gefahr für die öffentliche Ordnung.

Um diese «Gefahr zu beseitigen», gründete Pro Juventute auf Antrag des Bundesrats das Projekt «Kinder der Landstrasse»: Bis in

die 1970er-Jahre wurden rund 600 Kinder ihren Familien weggenommen. Die meisten wuchsen unter Bedingungen auf, in denen sie körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren. Viele von ihnen starben jung, manche begingen Suizid.

Eines der betroffenen Kinder war Uschi Waser. Das Mädchen wurde kurz nach ihrer Geburt ihrer Mutter weggenommen und hat ihre Kindheit in vielen verschiedenen Heimen verbringen müssen. «Man ist und bleibt immer eine Jenische und gilt damit als Lügnerin und Diebin», sagt sie heute. Wie steht sie zu den «Wiedergutmachungs-Aktionen» der offiziellen Schweiz? 1988 und 2018 wurden Beträge von bis zu 25 000 Franken an die Opfer gezahlt, und die Jenischen werden als nationale Minderheit anerkannt. «Das ist nicht genug. Der Staat sollte die Kosten für die gesundheitlichen und sozialen Probleme übernehmen, unter welchen die Opfer noch immer leiden», sagt Uschi Waser. Für sie ist die Erinnerungsarbeit das Wichtigste: «In den Schulen, in denen ich Vorträge halte, kennt man diese Geschichte nicht. Es ist daher unerlässlich, dass das Wissen über dieses grosse Unrecht in den Unterricht integriert wird.»

Für Thomas Huonker ist klar, dass die Verfolgung der Jenischen mehrere Tatbestandsmerkmale des Völkermords gemäss der Uno-Genozidkonvention umfasst. «Eine Versöhnung wird nur auf der Grundlage der Anerkennung dieser Verfolgung als versuchter Völkermord und der daraus resultierenden Garantien möglich sein.» |





Frieden ist anderswo

Der Krieg in Äthiopien wurde Anfang 2023 offiziell beendet. Doch die Kämpfe dauern an, und die Repression gegen die Zivilgesellschaft nimmt drastisch zu.

Text und Bilder von Andrzej Rybak

Medina' sah die Soldaten nicht kommen. Sie waren zu viert, packten sie an den Armen und zerrten sie in eine Hütte am Strassenrand. «Sie fesselten mir die Hände auf dem Rücken, schoben ein dreckiges Tuch in meinen Mund und warfen mich zu Boden», erzählt die 28-Jährige. «Dann vergewaltigten sie mich, einer nach dem anderen.»

Medinas Stimme bricht. Drei Jahre nach dem Überfall spürt sie immer noch den Schmerz und die Scham – als wäre alles erst gestern passiert. Sie will, dass

Die neuen Hochhaus-Quartiere verdrängen die Siedlungen der Armen in Addis Abeba.



die Welt vom Leid der Frauen in ihrer Heimat erfährt. «Ich werde dafür kämpfen, dass die Männer, die uns das ange-tan haben, im Gefängnis landen», sagt sie. «Die Frauen von Tigray wollen Gerechtigkeit.»

Verbote und Vertreibungen |

Im Herbst 2020 brach ein Krieg zwischen der Regionalregierung in Tigray und der Zentralregierung in Äthiopien aus. Die äthiopische Armee wurde unterstützt von Streitkräften des Nachbar-

staats Eritrea und der amharischen Fano-Miliz, die sich aus Angehörigen der Bevölkerungsgruppe der Amhara zusammensetzt.

Es war eine unheilvolle Allianz, die mordend und plündernd durchs Land zog. Während des zwei Jahre dauernden Kriegs in Tigray wurden mehr als 600 000 Menschen getötet, mehr als 120 000 Frauen vergewaltigt und fast zwei Millionen Menschen vertrieben. Die Tigrayer*innen sprechen von versuchtem Völkermord, doch die äthiopische Regierung scheint nicht bereit zu sein, ihre Einsatzkräfte für die Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Obwohl die Regierung vor zwei Jahren ein Friedensabkommen mit Tigray unterzeichnete, sind die Armee und die Fano-Miliz im westlichen Teil und auch in einigen Gebieten im Süden des Bundesstaats immer noch präsent. Die amharische Miliz würde Westtigray gern ihrem Bundesstaat zuschlagen, sie verbietet den Gebrauch der Sprache Tigrinya und vertreibt Tigrayer*innen. «Bei uns in Shire gibt es überall Lager mit insgesamt mehr als 300 000 Vertriebenen aus Westtigray», sagt Medina. «Sie können nicht zurück, ihre Häuser und ihr Land wurden von Amhara-Bäuer*innen besetzt.»

In den Lagern herrscht bittere Armut, die Lebensmittelhilfen reichen nicht aus, Kinder leiden Hunger. Am Rande von Tigrays Hauptstadt Mekelle leben bis zu 20 000 Flüchtlinge in einem Camp, das sich bei starkem Regen in einen Sumpf verwandelt.

Frauen wie Medina müssen oft allein zurechtkommen. Medinas Mann schloss sich zu Beginn des Kriegs dem Widerstand an und wurde getötet. Ihre Familie hielt zu ihr und pflegte sie, als sie nach der Vergewaltigung wegen einer schweren Sepsis monatelang im Bett bleiben musste. In Shire wurden alle medizinischen Einrichtungen verwüstet, es gab keine medizinischen Fachleute, die sie behandeln konnten.

Immer wieder neue Kämpfe |

Der Krieg hinterliess überall in Tigray grosse Schäden, Soldat*innen plünderten Geschäfte und Fabriken, auch in Wukro, das 70 Kilometer von Mekelle entfernt liegt. Vor dem Krieg erlebte Wukro einen wirtschaftlichen Aufschwung, die Stadt profitierte von ihrer Lage an der Strasse zwischen Mekelle und Eritrea. «Heute sind hier neun von zehn Menschen von internationalen Hilfslieferungen abhängig», sagt Yared Berhe Gebrelibanos, Geschäftsführer der Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Tigray. «Die Menschen kämpfen ums Überleben, kaum jemand hat ein Einkommen, und die Sicherheitslage ist katastrophal.»

Ausserdem stellt sich die Frage: Wird der Frieden halten? Als Abiy Ahmed 2018 Präsident wurde, galt er als Hoffnungsträger. «Viele haben auf politische Veränderungen gehofft», sagt Befekadu Hailu, Geschäftsführer des Zentrums für die Förderung von Rechten und Demokratie (CARD) in Addis Abeba. «Er liess politische Gefangene frei, kündigte Reformen an, versprach Pressefreiheit.» Politiker*innen verschiedener ethnischer Gruppen unterstützten ihn, selbst Parlamentsabgeordnete aus Tigray stimmten für ihn, obwohl Abiy Ahmed die Dominanz Tigrays in der äthiopischen Politik nach fast 30 Jahren beendete. 2018 schloss er einen Friedensvertrag mit Eritrea und wurde dafür 2019 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Doch dann begann Abiy Ahmed, seine Macht auszubauen. «Er hat die Krise verschuldet», urteilt Befekadu Hailu, der als regierungskritischer Blogger in den Jahren 2014 und 2015 im Gefängnis sass und danach zum Menschenrechtsverteidiger wurde. «Schon kurz nach seinem Amtsantritt kam es zu ersten ethnischen Massakern, die auf das Konto der Regierung gehen.» Mit dem Feldzug gegen Tigray erfasste die Gewalt das ganze Land.

ⁱ Name geändert



Von Präsident Abiy Ahmed enttäuscht: Befekadu Hailu, Geschäftsführer des Zentrums für die Förderung von Rechten und Demokratie.

Ein Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2022 belegt, dass nicht nur Regierungssoldat*innen, sondern auch Soldaten aus Tigray Massaker in anderen Teilen Äthiopiens begingen. Und sogar nach dem Friedensschluss ging es weiter: Die Milizen der Amhara, allen voran die Fano-Miliz, stellten sich enttäuscht gegen die Regierung. «Die Milizionäre der Fano erhofften sich territoriale Gewinne und mehr Eigenständigkeit», sagt Hailu. «Den Frieden empfinden sie als Verrat.»

Ausser Kontrolle | Seitdem liefern sich amharische Fano-Milizen und Regierungstruppen regelmässig Kämpfe. Die Milizen blockieren Hauptstrassen und lähmen das Land. Die Armee schlägt

zurück und tötet mancherorts die Dorfbevölkerung, wenn diese Kämpfern Zuflucht gewährt. Selbst in grösseren Städten wie Bahir Dar und Gonder kommt es zu Kämpfen. Gemäss einem Bericht von Human Rights Watch, der der Uno-Generalversammlung im September 2024 vorgestellt wurde, wurden seit August 2023 mehr als 2000 Zivilpersonen in Amhara getötet.

«Die Lage in Äthiopien ist ausser Kontrolle», sagt der Menschenrechtsverteidiger Hailu. «Die Geheimpolizei gehen brutal gegen alle vor, die sie zur Opposition zählen. Es gibt Morde, Vergewaltigungen, willkürliche Festnahmen. In den Gefängnissen wird gefoltert, Menschen verschwinden spurlos. Gewaltsame Umsiedlungen gehören zum Alltag. Ich kenne kaum eine Straftat, die nicht verübt wird – und das in jedem Landesteil.»

Die Regierung verhängte im August 2023 den Ausnahmezustand in Amhara, der ihr erlaubte, Tausende Menschen willkürlich und ohne Anklage zu inhaftieren. Er lief zwar im Juni 2024 formell aus, wurde aber offiziell nicht aufgehoben.

Nicht nur die Regierung ist für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich: Häufig kommt es zu Gewaltausbrüchen zwischen ethnischen Gruppen. Politiker*innen und Milizionäre der Amhara, die im äthiopischen Kaiserreich viel Macht und Einfluss besaßen, wollen die alten Verhältnisse wieder herstellen.

Politiker*innen der Bevölkerungsgruppe der Oromo werfen der Amhara-Minderheit in ihrem Bundesstaat vor, in der Kaiserzeit Land besetzt zu haben, und drohen mit Vertreibung. Im Juni 2022 töteten Kämpfer der Oromo Liberation Front (OLF) 400 Amhara-Bäuer*innen in Tole Kebele.

Die Oromo sind mit fast 35 Prozent die grösste Bevölkerungsgruppe Äthiopiens. Sie erhielten erst nach dem Sturz der kommunistischen Regierung im Jahr 1991 einen eigenen Bundesstaat und streben nach mehr Selbstständigkeit. Von Abiy Ahmed, der Oromo ist, erhofften sie sich politische Vorteile, doch diese Hoffnung wurde enttäuscht. Deshalb unterstützten viele Oromo Tigray im Kampf gegen die Zentralregierung. Seit 2018 wurden immer wieder Oromo-Aktivist*innen und Politiker*innen ermordet – womöglich auf Befehl der Regierung. Im April 2024 wurde Bate Urgessa, ein führender OLF-Politiker, tot in einem Strassengraben gefunden, nachdem er am Abend zuvor von Regierungssoldaten entführt worden war.

Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen, die solche Verbrechen dokumentieren wollen, leben gefährlich. Im Juni 2024 musste Dan Yirga, der geschäftsführende Direktor des Äthiopischen Menschenrechtsrats, das Land Hals über Kopf verlassen. «Die Polizei bedrohte mich massiv», sagt er. «Sie haben mir zu verstehen gegeben, dass sie

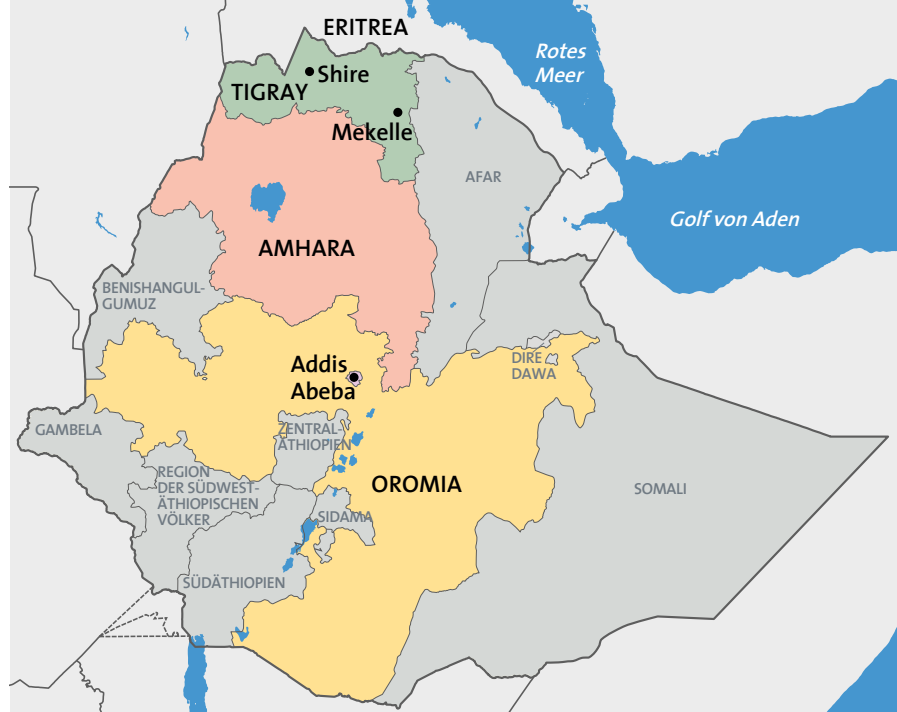


In den Flüchtlingslagern, wie in diesem bei Mekelle in Tigray, herrschen Hunger und Armut.

mich töten werden, wenn ich weitermache.» Zweimal sei er nur knapp einem Anschlag entkommen, Agent*innen hätten ihn beschattet und nachts zu Hause aufgesucht.

Derzeit lebt Dan Yirga in Nairobi. «Meine Kolleg*innen in Äthiopien versuchen ihre Arbeit fortzusetzen, obwohl die Regierung gegen sie vorgeht», sagt er. «Der Ministerpräsident beschuldigt die Zivilgesellschaft aller möglichen Verbrechen und stellt Menschenrechtler*innen als vom Ausland bezahlte Agent*innen dar, die gegen das Wohl des Landes arbeiten.» Auch die Mitarbeiter*innen der Nichtregierungsorganisation CARD bekommen Drohanrufe und werden eingeschüchtert. «Agent*innen versuchen unsere Veranstaltungen zu stören, indem sie Leute bedrohen, die uns Räume vermieten», erzählt Geschäftsführer Befekadu Hailu. «Manchmal brechen sie in unsere Büros ein und stehlen unsere Computer, manchmal verhängen sie Geldstrafen.» Die Menschenrechtsverteidiger*innen riskieren täglich eine Festnahme.

Mehr Druck nötig | Viele Expert*innen erkennen im ethnischen Föderalismus, der in der äthiopischen Verfassung verankert ist, einen wichtigen Grund für die Probleme. «Die Verfassung schafft ethnische Bundesstaaten, die über viele Rechte verfügen», sagt Hailu. «Wir brauchen Föderalismus, aber einen, der nicht mit ethnischer Zugehörigkeit verbunden ist.» Politische Gruppierungen werden in Äthiopien oft auf ethnischer Basis gebildet; sie bekämpfen andere Gruppen, um an die Macht zu kommen. Menschenrechtsverteidiger*innen appellieren an den Westen, mehr Druck auf die Regierung auszuüben, damit die Gewalt aufhört. «Äthiopien ist auf ausländische Hilfe angewiesen», sagt Dan Yirga. «Die europäischen Staaten müssen die Einhaltung der Menschenrechte, die Bestrafung von Kriegsverbrechen und die Rückkehr zu demokrati-



Die äthiopischen Bundesstaaten Tigray, Amhara und Oromia: Die nach Ethnien eingerichtete föderale Struktur schafft Probleme.

schen Standards zur Bedingung für weitere Unterstützung machen.» Doch die internationale Gemeinschaft, von Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten abgelenkt, scheint die Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung ignorieren zu wollen.

In der Hauptstadt Addis Abeba, in der rund 3,5 Millionen Menschen aus allen ethnischen Gruppen leben, ist die Gewalt, die die Provinzen erschüttert, kaum zu spüren. Aber auch hier hat der Krieg Narben hinterlassen. «Wir leben in Angst», sagt die Tigrayerin Mariam, die einst als Ärztin in einem Krankenhaus arbeitete. Während des Kriegs wurde sie vom Geheimdienst abgeholt und ins Gefängnis gesteckt. «Niemand erklärte mir, warum ich inhaftiert wurde, es gab keine Anklage», sagt sie. «Ich sass mit Dutzenden anderen Frauen in einer Zelle und wurde immer wieder verhört.»

Nach drei Monaten kam sie frei, psychisch schwer gezeichnet. «Ich fühle mich nicht mehr sicher, wenn ich aus dem Haus gehe oder wenn ich am Telefon Tigrinya spreche», klagt Mariam. «Ich misstrauere inzwischen sogar Menschen, die ich seit Jahren kenne – vor allem, wenn sie Amhara oder Oromo sind.»

Nicht nur Menschen aus Tigray haben in Addis Abeba Probleme mit den Behörden. Ministerpräsident Abiy Ahmed will die Hauptstadt zur modernsten Stadt des Kontinents machen und lässt dafür

Zehntausende Menschen zwangsweise umsiedeln. Im historischen Piassa-Viertel im Zentrum, wo es einst von Geschäften und Cafés wimmelte, mussten Hunderte Häuser neuen Wohnblocks und Regierungsbauten weichen. Anfang des Jahres fuhren Dutzende Bulldozer auf und planierten grosse Teile des Viertels. «Die Regierung zerstört Existenzen», sagt Dan Yirga. «Als unsere Mitarbeiter*innen den Zerstörungswahn dokumentieren wollten, wurden sie festgenommen und ins Gefängnis gesteckt.»

Viele der umgesiedelten Familien wohnten seit Generationen im Viertel, sie betrieben Werkstätten, Bäckereien, Geldwechselstuben oder Textiläden. Nun müssen die meisten in halbfertige Wohnblocks am Stadtrand ziehen, wo es weder Schulen für die Kinder noch Arbeit für die Erwachsenen gibt. Im Oktober begannen die Behörden, auch im Stadtteil Kazanchis Häuser abzureissen und Menschen umzusiedeln. «Alles, was ich mir aufgebaut habe, wird nun zerstört», schimpft Dawitⁱⁱ. Sein kleiner Obstladen liegt in Trümmern. «Die Regierung hat uns erst Wasser und Strom abgestellt, dann begann der Abriss. Wie soll ich jetzt meine Familie ernähren?» |

ⁱⁱ Name geändert

Andrzej Rybak ist freier Journalist.

«Mein Plan war, Aufmerksamkeit zu erzeugen»

Weil Aleksandra Skochilenko sich gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine engagierte, kam sie lange in russische Haft. Nach einem Gefangenenaustausch befindet sie sich nun in Deutschland und spricht über Freiheit, Unterstützung und Kunst.

Interview und Foto: Tigran Petrosyan

Sie sind jetzt in Deutschland. Wie fühlt es sich an, wieder frei zu sein?

Das ist die Frage, die mir derzeit am häufigsten gestellt wird. Mittlerweile kann ich sagen, dass ich nicht mehr so stark unter Schock stehe wie noch vor ein paar Wochen. Und ich schaue mir keine Filme und Dokumentationen über mich mehr an, die mich als Heldin darstellen. Das ist ein gutes Zeichen. Mit meiner Lebensgefährtin Sonja bin ich glücklich wiedervereint.

Beschäftigen Sie sich weiter mit Kunst?

Auch jetzt zeichne ich Bilder – es ist eine Art künstlerische Dokumentation. Es fühlt sich momentan gut an, einfach ausdrucksvoll zu zeichnen, ohne nachzudenken. Ohne Skizze, ohne Entwurf. Zuletzt habe ich meine Zelle in russischer Haft gezeichnet: Es gab dort fast nichts, ein Bett, ein Kissen, ein riesiges Fenster, und wenn man es öffnete, hörte man ein schreckliches Geräusch von einem Generator. Deshalb habe ich das Fenster immer wieder zugemacht, um nicht verrückt zu werden. In einem anderen Bild habe ich mein erstes Gefühl von Freiheit gemalt, das ich hatte, als ich zum Flugzeug ging, um ausgeflogen zu werden.

Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Neben der bildenden Kunst entwickle

ich musikalische Ideen. Musik ist für mich immer mit Gefühlen verbunden und damit, in welchem Zustand ich mich gerade befinde. Ich habe eine Menge Material aus dem Gefängnis mitgebracht, Erzählungen und Texte, die ich gerne zu Gehör bringen würde, und sei es nur, weil die Mädchen im Gefängnis mir gesagt haben, dass es absolut notwendig sei, dies zu tun. Ich werde irgendwann eine Performance machen, improvisieren, Gitarre und Flöte spielen, und dabei

«Ich habe mir immer wieder gesagt: Ich sitze nicht im Gefängnis, sondern ich befreie mich aus dem Gefängnis.»

über das Gefängnis sprechen, Texte vorlesen, erzählen. Und ich suche Leute, mit denen ich gemeinsam Musik machen kann. Aber im Moment fühle ich mich noch nicht stark genug, um das alles anzugehen.

Was sehen Sie als Ihre neue Aufgabe?

Meine Aufgabe ist es, den Menschen zu danken, die an meiner Befreiung beteiligt waren. Das ist meine Mission, denn sehr viele Menschen haben viel getan, um mir die Freiheit und das Leben zu schenken. Das Mindeste, was ich tun

kann, ist einfach Danke zu sagen. Ich bin nicht in Deutschland, weil ich eine politische Figur bin. Nein, ich bin hier, weil meine Freunde, meine Familie, meine Freundin Sonja, Amnesty International und ich selbst daran gearbeitet haben, meine Geschichte in die Medien zu bringen und Aufmerksamkeit zu erzeugen. Das war mein Plan. Ich habe mir immer wieder gesagt: Ich sitze nicht im Gefängnis, sondern ich befreie mich aus dem Gefängnis. Aber das dauert. Es hätte auch einen anderen Weg gegeben: Ich hätte mich schuldig bekennen können und wäre in diesem Fall auf Bewährung entlassen worden.

Was können und was wollen Sie über die Haft erzählen?

Die Frauen im Gefängnis können nur eine einzige Botschaft an die Aussenwelt

senden: «Hier ist alles in Ordnung.» Anderenfalls werden sie bestraft. Sie werden nicht geschlagen, zumindest habe ich das nicht gehört oder gesehen, aber sie sind starkem Druck ausgesetzt. Es wird gedroht, sie in eine andere Zelle zu verlegen, in der die Bedingungen schlechter und die Mitinhaftierten aggressiver sind. Wenn du dich am Telefon beschwerst und die Wärterinnen das mitbekommen, dann heisst es schnell, die ganze Zelle bekomme ein Anrufverbot. Alle Frauen in der Zelle hassen dich danach deswegen.

Aleksandra (Sascha) Skochilenko, Jahrgang 1990, wurde am 1. August 2024 im Zuge eines Gefangenenaustauschs zwischen Russland und westlichen Staaten aus einem russischen Straflager freigelassen. Die Künstlerin und Musikerin war im November 2023 wegen «Verbreitung wissentlich falscher Informationen über die russischen Streitkräfte» zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Grund dafür war, dass sie im März 2022 in einem Supermarkt in Sankt Petersburg Preisschilder durch Informationen über den Krieg Russlands gegen die Ukraine ersetzt hatte.

In den mehr als 19 Monaten Haft hatte sich der Gesundheitszustand Aleksandra Skochilenkos, die an Zöliakie leidet, stark verschlechtert. Amnesty International betrachtete sie als gewaltlose politische Gefangene und engagierte sich insbesondere auch mit dem Briefmarathon 2022 für sie. In mehr als einer halben Million Postkarten, Briefen, Petitionen und anderen Aktionen wurde Skochilenkos Freilassung gefordert.



Gibt es in Haft keine Hoffnung?

Ohne Humor kann man im Gefängnis nicht überleben. Ich will bewusst vermeiden, so über politische Gefangene zu sprechen, wie einige Medien es machen – immer nur zu erklären, dass es den Gefangenen schlecht und schlechter geht, dass es immer schlimmer wird. So ist es nicht. Selbst depressive Gefangene haben ihre Momente der Freude. Meine Hauptaufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen auch davon erfahren. Es gibt Hoffnung, es kann sich etwas zum Besseren ändern. Neben den berührenden, schönen, menschlichen Momenten müssen die grausamen Ereignisse

selbstverständlich benannt werden, denn auch die gibt es zuhauf. Beides, das Schlechte und das Gute, gehört zusammen, und beides muss auch nach aussen vermittelt werden.

Wie sehen hoffnungsvolle Momente im Gefängnis aus?

Wir haben im Gefängnis gespielt. Das Einzige, was du hast, ist ein Hof aus Beton, drei mal fünf Meter gross. Das ist schrecklich. Also haben meine Zellengenossin und ich Spiele erfunden. Wir haben eine Kugel aus einem Deoroller geholt und sie auf der Bank im Hof mit zwei Büchern hin und her geschlagen. Es

war eine Mischung aus Badminton und Tischtennis. Das hat Spass gemacht. Es hat auch allen anderen Spass gemacht, die zugeschaut haben. Wenn man eine Katze füttert, spürt man Freude. Wenn man beobachtet, wie andere Frauen Katzen füttern, freut man sich selbst auch.

Welches Bild haben Sie vor Augen, wenn Sie an Russland denken?

Ich stelle mir einen riesigen, kalten Kosmos vor mit grauen Figuren, von denen irgendwelche Kabel herunterhängen. Polygone und Müllhalden, irgendwelche Dörfer und Paläste, die nebeneinander existieren. Und das geht endlos weiter. |



Gleiche Spielregeln für alle

Im Januar lanciert die Koalition für Konzernverantwortung eine neue Initiative, um die Tätigkeit von multinationalen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz zu regulieren. Im Gespräch erzählt Danièle Gosteli Hauser, Verantwortliche für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty Schweiz, warum eine neue Initiative nötig ist.

Von Jean-Marie Banderet

Die Konzernverantwortungsinitiative hatte bei der Volksabstimmung 2020 nur knapp das Ständemehr verfehlt. Ein Gegenvorschlag des Bundesrats ist inzwischen in Kraft getreten, dieser geht aber weniger weit als die Gesetzgebung in mehreren EU-Ländern. Die neue EU-Konzernverantwortungsrichtlinie, die im Mai 2024 verabschiedet wurde, vergrössert den Abstand zwischen Europa und der Schweiz noch zusätzlich. Mit Unterstützung eines breiten Spektrums von Mitte-Rechts-Politiker*innen und Unternehmer*innen, die die Notwendigkeit eines wirksamen Gesetzes sehen, wagt die Koalition für Konzernverantwortung eine neue Initiative. Diese fordert die Schweiz auf, endlich verbindliche Regeln zu erlassen, die Konzerne zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Schutz der Umwelt verpflichten.

Der Bundesrat und das Parlament hatten während des Abstimmungskampfs im Jahr 2020 versprochen, die Regeln zur Konzernverantwortung den internationalen Richtlinien anzupassen. Passiert ist aber tatsächlich wenig. Für Danièle Gosteli Hauser, Verantwortliche für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty Schweiz, ist daher klar, dass eine neue Initiative notwendig ist. «Die Schweiz sollte so schnell wie möglich handeln – zum Wohle der von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen, aber auch zum Wohle

der Unternehmen, denn immerhin ist die Schweiz das Land mit den meisten multinationalen Konzernen pro Kopf», sagt sie.

Gegner*innen begründen ihre Ablehnung oft mit dem «zusätzlichem Verwaltungsaufwand», den die Initiative mit sich bringen würde – es sei «eine Belastung für die kleineren Unternehmen». «Dabei ist die neue Initiative dem europäischen Modell nachempfunden, das auf grosse Unternehmen abzielt», sagt Danièle Gosteli Hauser. «KMU sind von der Initiative nicht betroffen.» Dafür aber grosse, kommerziell ausgerichtete Sportverbände wie die Fifa. Denn Sportverbände wie die Fifa sind ebenfalls an die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gebunden. «Doch der von den Vereinten Nationen festgelegte Rahmen ist nicht verbindlich, was immer wieder zu Problemen führt.» So sei es schwierig, Sportverbände wie die Fifa für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen.

«Der Prozess der Vergabe der Fussballweltmeisterschaft 2034 zeigt: Es ist dringend notwendig, dass auch Sportverbände die Menschenrechte respektieren müssen», sagt Danièle Gosteli Hauser. «Alle Zeichen deuten darauf hin, dass die WM 2034 durch Saudi-Arabien durchgeführt wird, obwohl das Land alles andere als ein Vorbild für die Einhaltung der Menschenrechte ist.»

Wirtschaftsdachverbände äussern ausserdem immer wieder die Befürchtung, dass eine schärfere Konzernverantwortungsregelung die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen beeinträchtigen würde. Für Danièle Gosteli Hauser zieht dieses Argument nicht. «Von den Konzernen selbst hören wir vielmehr, dass sie froh um Klarheit wären. Ausserdem möchten sie gleiche Regeln wie die in anderen Ländern Europas ansässigen Konkurrent*innen. Nehmen wir als Beispiel ein französisch-schweizerisches Joint Venture für den Abbau von Erz in Kolumbien. Wenn für die beiden Konzerne nicht derselbe Rechtsrahmen gilt, könnte das französische Unternehmen es vorziehen, mit einem anderen Unternehmen mit Sitz in der EU zusammenzuarbeiten – aus Angst, im Falle von Problemen allein mit den Konsequenzen konfrontiert zu werden. In einer globalisierten Wirtschaft ist es viel einfacher, in einem gut regulierten Rahmen zu operieren, in dem für alle die gleichen Spielregeln gelten.»

100 000 in einem Monat!

Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb nur eines Monats – im Januar 2025 – 100 000 Unterschriften für eine neue Volksinitiative zu sammeln. Möchten Sie sich an dieser Herausforderung beteiligen? Machen Sie eine Zusage für die Anzahl Unterschriften, die Sie zu sammeln versprechen und füllen Sie dazu den Talon auf Seite 39 aus. Sie werden das Material, das Sie zum Sammeln benötigen, von der Koalition erhalten. Sie sind herzlich eingeladen, auch an den beiden nationalen Sammeltagen am 11. und 18. Januar 2025 teilzunehmen.

Diagnose: Unsichtbar

Die Wissenschaftsjournalistin Layal Liverpool untersucht in «Racism kills» rassistische Diskriminierung im Gesundheitssystem.

Von Till Schmidt

Als Medizinstudent an der Londoner Universität stiess Malone Mukwende auf eine irritierende Erkenntnis: In der dermatologischen Lehre herrschten Beispiele für Erkrankungen weisser Haut vor. Um dem entgegenzuwirken, entwickelte Mukwende ein eigenes, kostenloses Lehrbuch: «Mind the Gap: A Handbook of Clinical Signs in Black and Brown Skin» erschien 2020 und fand weltweit Beachtung.

Mit «Racism kills» hat die britische Wissenschaftsjournalistin Layal Liverpool nun ein Buch veröffentlicht, das dieses und ähnliche Beispiele zusammenträgt und zu Statistiken und Analysen in Bezug setzt, die einen systematischen «health gap» für Schwarze und People of Color (BPoC) belegen. Die Lebensbereiche, in denen rassistische Diskriminierung stattfindet, sind vielfältig. Mit massiven Auswirkungen auf die Betroffenen.

Dies zeigt Liverpool auch anhand ihrer eigenen Biografie: Als sie ein Teenager war, konnten mehrere weisse Dermatolog*innen ein Ekzem auf ihrer braunen Haut nicht als solches identifizieren, sodass sie jahrelang davon ausging, an einer seltenen, unheilbaren Hautkrankheit zu leiden. Als sie Doktorandin war, unterstellte ihr eine Ärztin, sie sei nur zu ihr gekommen, um einen HIV-Test machen zu lassen. In Deutschland, wo Liverpool mittlerweile lebt, sah sie sich damit konfrontiert, dass ihre alltäglichen Erfahrungen mit Rassismus selbst in einer psychotherapeutischen Behandlung nicht ernst genommen wurden.

«Racism kills» ist das erste Buch über den Zusammenhang von Rassismus und Gesundheit auf Deutsch. Liverpool zeigt darin die vielen Mechanismen auf, die BPoC im Gesundheitswesen unsichtbar machen. Ausserdem nimmt sie Verzerrungen bei Diagnosen und Ungleichheiten bei der Behandlung von Krankheiten in den Blick. Hoffnungsvoll stimmen Berichte über Initiativen und Einzelpersonen, die sich in den sozialen Medien, als Wissenschaftler*innen, in ihren Familien oder am Arbeitsplatz für Aufklärung und Empowerment einsetzen.

Was «Racism kills» allerdings fehlt, ist die spezielle Berücksichtigung des europäischen Kontexts. Die meisten Statistiken und Analysen beziehen sich auf die USA, weil für Europa relevante Daten fehlen. Diese Datenlücke sei «frustrierend», schreibt Liverpool. Sie habe ihr Gefühl verstärkt, als Person of Color gesellschaftlich unsichtbar gemacht zu werden. Umso wichtiger ist dieses Buch, das dem entgegenwirken will und dabei die Individualität, den Mut und die Stärke der Betroffenen nicht aus den Augen verliert.



Layal Liverpool
Racism kills
Wie systemischer Rassismus der Gesundheit schadet und was wir dagegen tun können.
 Aus dem Englischen von Regina M. Schneider
 Aufbau-Verlag, Berlin 2024,
 461 Seiten

Ausstellung

Kolonialismus in der Schweiz

Noch bis zum 19. Januar 2025 ist die Ausstellung «kolonial – Globale Verflechtungen der Schweiz» im Landesmuseum in Zürich zu sehen. Anhand von konkreten Beispielen und Objekten, Kunstwerken, Fotografien und Dokumenten wird erstmals ein umfassender Überblick über die Schweizer Verflechtung mit dem kolonialen System gezeigt. So waren einzelne Firmen und Privatpersonen am Handel mit versklavten Menschen beteiligt, oder sie verdienten am Handel mit Kolonialprodukten und durch die Ausbeutung versklavter Menschen ein Vermögen. An Schweizer Universitäten wurden rassistische Theorien gelehrt, die der Legitimation des kolonialen Systems dienten. Die Ausstellung geht ausserdem der Frage nach, was das koloniale Erbe für die Schweiz der Gegenwart bedeutet.

Landesmuseum Zürich
bis 19. Januar

Film



Der Weg ans Licht

Der verträumt-poetische Film erzählt vor der schillernden Kulisse des nächtlichen Mumbai die Geschichte von Prabha und Anu auf dem Weg zu mehr

Selbstbestimmung. Prabha ist eine arrangierte Ehe eingegangen, doch ihr Mann verschwand nach der Hochzeit ins Ausland. Anu führt eine heimliche Beziehung mit einem Muslim. Als plötzlich ein Geschenk eintrifft, gerät die Welt der beiden Frauen aus den Fugen. Die Filmemacherin Payal Kapadia wurde als erste Inderin mit dem Grossen Preis der Jury in Cannes ausgezeichnet.

All We Imagine as Light
 von Payal Kapadia
 Indien, 2024
 ab Dezember in den Kinos

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

SCHENKEN UND GUTES TUN

KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der Klassiker des Schweizer Designs in neuen Farben. Angenehm im Gebrauch, zeitlos, nachfüllbar. In der Schweiz hergestellt.

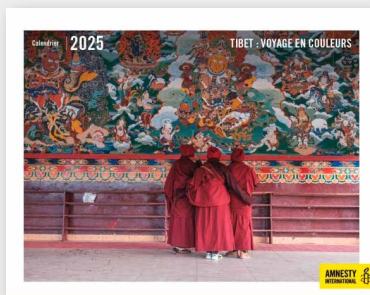


Solo, metallgelb mit schwarzem Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.026 / Fr. 30.–

Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm), dunkelgrau, weisses Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.027 / Fr. 52.–



FOTOKALENDER 2025 «TIBET, VOYAGE EN COULEURS»

27 x 35 cm. Ein Monat pro Seite, farbig, mehrsprachig (französisch und englisch).

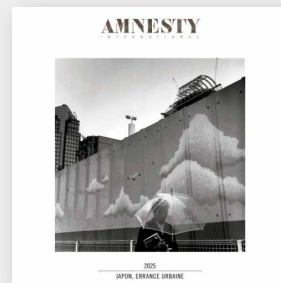
Art. 2430.127 / Fr. 20.–



FOTOKALENDER PRESTIGE 2025 «JAPON, ERRANCE URBAINE»

40 x 34 cm. Ein Monat pro Seite, schwarzweiss, Französisch.

Art. 2430.125 / Fr. 25.–



TASCHENAGENDA 2025

Der Klassiker.
Format A6 (14,5 x 9,4 cm), eine Woche pro Doppelseite, broschiert. Deutsch.

Art. 2430.129 / Fr. 8.–



ESPRESSOTASSEN

Aus weiss emailliertem Steingut.
Rand und Amnesty-Kerze in Schwarz.
Höhe 7,5 cm, Inhalt 10 cl.
3er-Schachtel. Herkunft: Polen.

Art. 2300.046 / Fr. 30.–



AMNESTY SOCKEN

Schwarz und gelb gestreift, mit Kerzen-Logo.
80% Baumwolle,
18% Polyamid,
2% Elasthan.
Herkunft: Portugal.



Grösse M (36–40): Art. 2200.098.M / Fr. 15.–

Grösse L (41–46): Art. 2200.098.L / Fr. 15.–

TASCHENMESSER VICTORINOX SPORTSMAN

Einfaches Modell mit 13 Funktionen. In Schwarz mit weissem Logo. Swiss made.

Art. 2300.037.S / Fr. 25.–

**WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP
SHOP.AMNESTY.CH**

FARBIGE KERZEN

Diese Kerzen sind auf Anfrage auch im 12er-Set erhältlich.

Rotorange/Abricot/Gelb

Paraffin, 3er-Set, 10 x 6 cm, assortiert.

Art. 2700.056 / Fr. 24.–



Aubergine/Creme/Himbeer

Paraffin, 3er-Set, 10 x 6 cm, assortiert.

Art. 2700.037/ Fr. 24.–

Eisblau/Apfelgrün/Taubenblau

Paraffin, 3er-Set, 10 x 6 cm, assortiert.

Art. 2700.037/ Fr. 24.–



NEU

OLIVENWACHSKERZEN

Stearin, 2er-Set

Art. 2700.058 / Fr. 24.–



ADVENTSKERZEN

Im 4er-Set,

etwas grösser (14 x 6 cm), rot.

Art. 2700.040 / Fr. 36.–



BIENENWACHSKERZEN

2er-Set.

Art. 2700.022 / Fr. 28.–

Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Webshop-Artikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

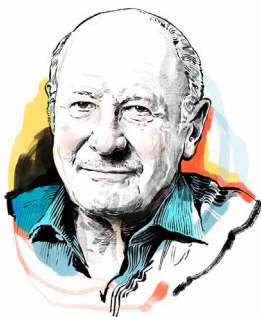
Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

WENN DIE SCHWEIZ «BESORGT» IST...



© André Gottschalk

Erich Gysling, ehemaliger Chefredaktor von Fernsehen SRF, machte (berufsbegleitend) ein Arabisch-Studium und spezialisierte sich auf den Nahen Osten. Heute schreibt er für die Internet-Zeitung «journal21».

Die Reaktion der Schweiz auf den Beschluss des israelischen Parlaments, dem Palästinenser*innen-Hilfswerk UNRWA jegliche Tätigkeit auf dem Gebiet Israels (und damit auch im Gaza-Streifen mit seinen 2,2 Millionen Menschen) zu verbieten, war, gelinde ausgedrückt, schwach. Aussenminister Ignazio Cassis sagte, die schweizerische Regierung sei «besorgt», aber was er an diesem 28. Oktober nicht erwähnte: Der Nationalrat hatte, keine zwei Monate zuvor, mit 99 zu 88 Stimmen bei 7 Enthaltungen dafür votiert, demselben Hilfswerk den Geldhahn zuzudrehen. Vorläufig ist zwar noch eine Summe von 10 Millionen Franken für die UNRWA «in der Pipeline», aber auch die ist blockiert.

Die israelische Regierung erklärt, sie werde den Gaza-Streifen auch ohne die UNRWA ausreichend mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgen. Nur: Glaubhaft ist das nicht. Israel baute Hindernis um Hindernis auf, wenn es darum ging, Hilfsgüter in den Gaza-Streifen durchzulassen. Schliesslich gelangte so wenig in den Landstreifen, dass sich jetzt bei der wie auf einem Schachbrett hin und her getriebenen Bevölkerung Hunger und Krankheiten immer mehr ausbreiten.

**UND DIE SCHWEIZ,
ANGEBLICH HÜTERIN DES
HUMANITÄREN RECHTS,
SCHAUT ZU ...**

Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet die UNRWA mit ihrem Chef, dem Schweizer Philippe Lazzarini, im Januar: Israel erklärte, zwölf UNRWA-Mitarbeiter hätten am Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 teilgenommen. Lazzarini suspendierte die Beschuldigten noch am gleichen Tag. Und ordnete zwei Untersuchungen an. Beide kamen zum Resultat, es gebe zwar einige Probleme mit der Neutralität, aber Israel habe keine Beweise vorgelegt für die Schuld der Inkriminierten. Worauf all jene Staaten, die ihre Zahlungen sistiert hatten, die Geldtransfers wieder aufnahmen, von Spanien über Schweden und Grossbritannien bis Japan – sogar Deutschland, traditionell loyal gegenüber der israelischen Regierung, überwies wieder Gelder im alten Umfang. Die Schweiz tat das nicht.

Die Kritik Israels an der UNRWA ist inzwischen masslos geworden: Das Hilfswerk sei identisch mit der Hamas, erklärten mehrere Parlamentarier*innen im Parlament in Jerusalem. Und setzten so den Boykott durch.

Die UNRWA beschäftigt im Gaza-Streifen rund 13 000 Mitarbeiter*innen. Lazzarini suspendierte, nach den ersten Anschuldigungen durch Israel, zwölf von ihnen – später noch einmal neun. Man kann auch so rechnen: Gegen 21 von 13 000 gab es Hinweise auf die Beteiligung am Hamas-Terror – das wären etwa eineinhalb Promille der Mitarbeitenden. Die übrigen 98,5 Promille – und die ganze Bevölkerung des Gaza-Streifens – nimmt Israel in Sippenhaft.

Und die Schweiz, angebliche Hüterin des humanitären Rechts, schaut zu und spielt beim Machtpoker der Regierung Netanyahu um das Flüchtlingshilfswerk UNRWA mit. |



© Amnesty International

BRIEFMARATHON 2024

SIE KÖNNEN LEBEN VERÄNDERN

Der traditionelle Briefmarathon von Amnesty International ist in vollem Gange. Helfen Sie uns, fünf Menschen zu unterstützen, die sich in ihren Ländern für die Menschenrechte einsetzen.

**WRITE
FOR
RIGHTS**

AMNESTY
INTERNATIONAL 

Wieder beendet Amnesty International das Jahr mit dem Briefmarathon, der grössten Kampagne zur Unterstützung von Menschen, deren Grundrechte verletzt wurden. Dieses Mal können Sie sich für fünf Menschenrechtsverteidiger*innen aus Angola, Argentinien, Belarus, Südkorea und Ägypten engagieren.

Es ist ein Menschenrecht, die eigene Meinung friedlich kundzutun. Nicht jedoch für Joel Paredes. Er verlor während der Niederschlagung einer Demonstration sein rechtes Auge durch ein Gummigeschoss. Auch Kyung Seok Park wurde für seine Meinungsäusserung bestraft: Er wurde von der Stadtverwaltung von Seoul verklagt, weil er öffentli-

che Aktionen in der U-Bahn organisiert hatte, um einen besseren Zugang für Menschen mit Behinderungen zu fordern.

Schliessen Sie sich den Menschen an, die auch in diesem Jahr wieder Hunderttausende von Botschaften an die Behörden der betroffenen Länder schreiben werden, in der Hoffnung, dass sich der Alltag von Maryia Kalesnikava, Oqba Hashad, Neth Nahara, Kyung Seok Park und Joel Paredes verbessern wird!

Jean-Marie Banderet

Unterstützen Sie die fünf Personen, deren Geschichten Sie auf der nächsten Seite finden, und unterzeichnen Sie unsere Petitionen. Mehr dazu unter amnesty.ch/briefmarathon

MACHEN SIE MIT! UNTERSTÜTZEN SIE DIE MENSCHENRECHTSAKTIVIST*INNEN DES BRIEFMARATHONS 2024:

OQBA HASHAD, ÄGYPTEN

Der ägyptische Student Oqba Hashad wurde im Mai 2019 bei einer Razzia in einem Studentenwohnheim in der Stadt Sadat festgenommen. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Aus welchen Gründen? Weil sein Bruder Amr sich für die Förderung der Menschenrechte in Ägypten einsetzt. Es ist ungerecht, eine Person als Vergeltung für die Aktivitäten ihres Bruders inhaftieren zu lassen: Fordern Sie seine sofortige Freilassung!



MARYIA KALESNIKAVA, BELARUS

Die Musikerin Maryia Kalesnikava träumte von einem Belarus, in dem alle Menschen respektiert werden und ihre Meinung frei äussern können. Sie schloss sich der Kampagne der unabhängigen Kandidatin Svetlana Tichanowskaja bei den Präsidentschaftswahlen 2020 an. Einen Tag nach der Wieder-

wahl von Alexander Lukaschenko wurde sie festgenommen und zu elf Jahren Haft verurteilt, weil sie versucht hatte, sich gegen seine von den Behörden beschlossene Verbannung ins Exil zu stellen. Fordern Sie die Aufhebung ihrer Verurteilung!



Um mehr zu erfahren oder einen Brief zu schreiben, besuchen Sie die Webseite: amnesty.ch/briefmarathon

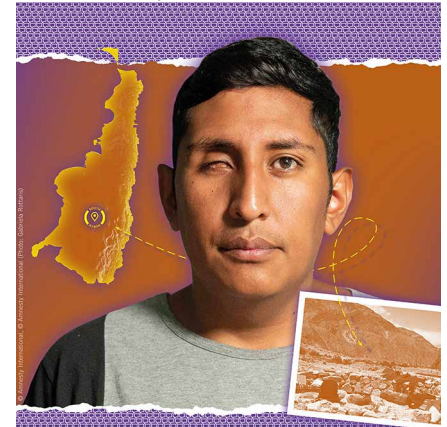
NETH NAHARA, ANGOLA



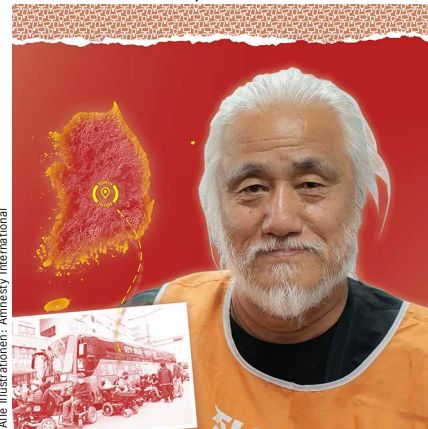
Ana da Silva Miguel alias Neth Nahara ist in Angola eine einflussreiche Tiktokerin. Sie setzt sich vor allem für die Rechte von Frauen und für die Verbesserung des Gesundheitssystems in ihrem Land ein. Im August 2023 hatte sie es gewagt, Präsident João Lourenço auf ihrem Tiktok-Kanal zu kritisieren, woraufhin sie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Fordern Sie ihre Freilassung!

JOEL PAREDES, ARGENTINIEN

Joel Paredes, ein 29-jähriger Keramiker und Vater von zwei Kindern, verlor sein rechtes Auge, als die Polizei in Humahuaca, Argentinien, Gummigeschosse auf Demonstrant*innen abfeuerte. Er hatte an einer Kundgebung gegen eine Reform der lokalen Verfassung teilgenommen, die die Menschenrechte bedrohte. Fordern Sie die argentinische Justiz auf, die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen!



KYUNG SEOK PARK, SÜDKOREA



Seit einem Unfall beim Paragliding ist Kyung Seok Park querschnittsgelähmt. Danach musste er feststellen, wie schwierig und sogar gefährlich es in Südkorea ist, mit einer Behinderung zu leben. Er begann, sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Nun wird er verklagt, weil er an öffentlichen Aktionen teilgenommen hat, bei denen er einen besseren Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Menschen mit Behinderungen forderte. Fordern Sie von der Stadtverwaltung von Seoul die Einstellung des Verfahrens gegen ihn!

Seit 60 Jahren ist die Gruppe 1 aktiv – wie hier gemeinsam mit Mitgliedern des Sekretariats an der Genfer Buchmesse.

EIN HALBES JAHRHUNDERT AKTIV

Seit 1974, also seit bereits 50 Jahren, gibt es die Amnesty-Regionalgruppe in Chur. Sie war und ist mal grösser, mal kleiner, aber immer aktiv – einige Mitglieder sind schon lange, andere erst seit Kurzem dabei. Die Gruppe trifft sich in der Regel einmal pro Monat, um Aktivitäten zu besprechen und zu planen. «Je mehr Kapazitäten und Engagierte wir haben, umso intensiver können wir uns einsetzen», schreibt die Gruppe. «Daher sind wir immer auf der Suche nach neuen Mitgliedern. Alle sind jederzeit herzlich willkommen, bei uns mitzumachen und sich mit uns für die Menschenrechte einzusetzen.»



Die drei Gründerväter der Gruppe Chur (v.l.n.r.): Hans Stricker, Arno Caluori, Ruedi Berchtold.



DIE ERSTE AMNESTY-GRUPPE WIRD 60 JAHRE ALT!

Im Dezember 1964 setzte eine kleine Gruppe von Visionären den Grundstein und gründete die erste Regionalgruppe von Amnesty International in der Schweiz. Es war Lothar Belck, der die Gruppe mit zwei anderen Aktivisten ins Leben rief: Nachdem er über Amnesty International in der Zeitung gelesen hatte, luden Belck, der US-Amerikaner Bob Lyon und der Spanier German Lastra Interessierte an die ersten Treffen nach Grand-Lancy im Zuhause von Belck ein. Heute treffen sich die zehn aktiven Mitglieder der Gruppe 1 in Genf weiterhin jeden Monat, um Aktionen und Massnahmen zu planen, das Bewusstsein für Menschenrechte weiter zu verbreiten und um Opfer von Ungerechtigkeiten in der ganzen Welt zu unterstützen. Der Einsatz für die Menschenrechte ist auch nach 60 Jahren noch nötig – nötiger denn je!

Möchten Sie sich in einer Amnesty-Gruppe engagieren?
Alle Kontaktangaben finden Sie unter amnesty.ch/gruppen

Die Schweiz darf nicht das einzige Land ohne Konzernverantwortung sein!

Mit der Verabschiedung der neuen EU-Konzernverantwortungsgesetze im Sommer 2024 ist die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung, obwohl der Bundesrat im Abstimmungskampf vor vier Jahren eigentlich versprochen hat, «international abgestimmt» vorzugehen – lesen Sie dazu das Interview auf S. 32.

Die Konzernlobby hat bereits signalisiert, ihren Widerstand gegen ein Konzernverantwortungsgesetz weiterzuführen. Aus diesem Grund lancieren wir eine neue Konzernverantwortungsinitiative.

Wie viele Unterschriften können Sie sammeln?

Wir möchten die Unterschriften für die neue Initiative in Rekordzeit sammeln. Dazu brauchen wir auch Ihre Unterstützung! Tragen Sie hier ein, wie viele Unterschriften Sie in den ersten 30 Tagen ab Sammelstart Mitte Januar sammeln können, und schicken Sie diesen Talon so rasch wie möglich an das Sekretariat der Koalition zurück.

- Ich möchte über die neue Initiative auf dem Laufenden bleiben und sammle **3 Unterschriften**.
- Ich möchte über die neue Initiative auf dem Laufenden bleiben und sammle **10 Unterschriften**.
- Ich bestelle kostenlos **eine Fahne** (70x100 cm) und möchte auf dem Laufenden bleiben.

Vorname: _____

Name: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon _____

Bitte baldmöglichst einsenden an:
Koalition für Konzernverantwortung
Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern





SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf www.amnesty.ch/mitmachen.

MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

BESTELLEN SIE KOSTENLOS DEN E-NEWSLETTER AUF WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER

BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen. Mehr Infos: www.amnestyyouth.ch

ONLINE

Unter www.amnesty.ch/action finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8